Bezugs-Preis: Täglich 2 Ausgaben (Mittags und Abends), Sonntags 1—2 Nummern und Beilagen, im Stadtbezirke vierteljährl. M. 2.10, monatl. 70 Pfg., bei der Post vierteljährl. M. 2.25. Sonntags-Ausgabe im Stadtbezirke vierteljährl. 45 Pfg., bei der Post M. 1. Gratis-mäßig: Unterhaltungs-Beilage und Volksmissionarische Beilage, monatl. Hier: Beilage „Bücher-Markt". Einzelne Probenummern gratis und franko auf Wunsch.

Niederrheinische Volkszeitung.

Anzeigen-Preis: Die Zeile im Hauptverbreitungsbezirke 15 Pf. bei einmaliger Gratis-Aufnahme in den „Krefelder Stadt-Anzeiger"; außerhalb d. Hauptverbreitungskreises 20 Pf.; bei Wiederholungen Rabatt. Beilage-Gebühren pro 1000 M. u. Reklame-Zeile 40 Pf. Offerten-Gebühren 25 Pf. Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 46. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Krefeld. Fernsprecher 326.

Verantwortliche Redakteure: Für den politischen Theil: Paul Lerch; für die übrigen redaktionellen Theile: Ernst Steindhäuser. * Beiträge wolle man an die Redaktion, nicht an die einzelnen Redakteure senden.
Rotationsdruck und Verlag der J. B. Klein'schen Buchdruckerei, M. Buscher.

Nr. 679. Krefeld, Freitag, den 23. November 1900 (Clemens). (Erstes Blatt.) 52. Jahrgang.

Mittag-Ausgabe.

Indemnität.

Nachdem der Reichskanzler am Montag sich für die Aufnahme des Wortes „Indemnität" in das vorliegende Gesetz ausgesprochen, hat am Donnerstag der baierische Bundesrathsbevollmächtigte Graf Lerchenfeld sich bemüßigt gefunden, die Bedeutung dieses Zugeständnisses herabzusetzen und dem Ausdruck „Indemnität" die staatsrechtliche Tragweite abzusprechen. Abg. Dr. Bachem, der zweite Zentrumsredner, ist diesem Verwischungsversuch sofort entgegengetreten und hat hervorgehoben, daß der Ausdruck „Indemnität" bezeichnen solle, der Reichstag hätte wegen der Ausgaben für das chinesische Unternehmen mit Fug und Recht befragt werden müssen.

In diesem Sinne hat auch offenbar der Reichskanzler Graf Bülow seine Zusage gemeint. Er gab als Einleitung zu der Zusage die Erklärung ab:

„Daß mir selbstverständlich nichts ferner liegt, als das verfassungsmäßige und von Niemandem bestrittene Recht des Reichstages zu beeinträchtigen, daß für alle Ausgaben die Zustimmung des Reichstages in Form einer Etatsforderung einzuholen ist, und zwar, wo dies nur immer möglich und angängig ist, im Voraus",

und daran fügte er die weitere Erklärung:

„daß ich in Gemäßheit dieser meiner Auffassung an dieses hohe Haus das Ersuchen richte, für diejenigen Ausgaben, hinsichtlich deren die Zustimmung des Reichstages noch nicht eingeholt ist, uns durch nachträgliche Genehmigung Indemnität zu ertheilen ... Wenn der Reichstag Werth legen sollte auf eine das Wort „Indemnität" ausdrücklich enthaltende Formulirung des § 3 der Gesetzesvorlage, so werde ich meine Hand dazu bieten, und ich werde das Nemige thun, ähnlich wie es vom ersten Kanzler des Reiches in wiederholten Fällen geschehen ist, hierüber eine Verständigung herbeizuführen zwischen dem Reichstage und dem Bundesrath. Endlich erkläre ich, daß während meiner Amtsdauer an der soeben von mir Ihnen dargelegten Auffassung und Ueberzeugung von dem verfassungsmäßigen Ausgabebewilligungsrecht des Reichstages unbedingt festgehalten und dementsprechend auch thatsächlich verfahren werden wird."

Diese Ausführungen Bülow's stellen ganz klar, daß er das unter der Verantwortlichkeit seines Amtsvorgängers beliebte Verfahren nicht für regelrecht hält und gerade deshalb, weil die rechtzeitige Einholung der Reichstagsgenehmigung nicht erfolgt ist, obschon sie wohl möglich und angängig war, die Aufnahme des Wortes „Indemnität" empfiehlt und zugleich für die Zukunft eine bessere Praxis verspricht.

Der Unterschied zwischen der einfachen „nachträglichen Bewilligung und der Ertheilung der „Indemnität" liegt auf der Hand: im ersteren Falle ist die betreffende Ausgabe nach allen Regeln des Etatsrechtes und der Finanzordnung erfolgt, so daß gegen die Korrektheit des Verfahrens nichts zu erinnern ist; im zweiten Falle aber ist es nicht ganz regelrecht zugestanden. Der Reichstag erklärt aber, daß er die Unregelmäßigkeit nicht weiter verfolgen, sondern mutwirken wolle, daß durch gesetzliche Ertheilung der „Indemnität" die Sache aus der Welt geschafft werde. Die Bedeutung der Indemnitäts-Formel liegt also darin, daß die Unregelmäßigkeit sanirt wird in einer solchen Weise, daß nicht ein Präjudiz für die Zukunft aus der nachträglichen Bewilligung hergeleitet werden kann. Würde der Reichstag ohne Weiteres einfach die nachträgliche Genehmigung aussprechen, so würden die absolutistischen Scharfmacher nachher sagen können: „Seht, im Gesetz steht gar nichts von einer angeblichen Unregelmäßigkeit, die Bewilligung ist erfolgt, wie bei jeder harmlosen Etatsüberschreitung, also können wir in künftigen Fällen ähnlicher Art auch ruhig den Reichstag links liegen lassen und der Welt wiederum zeigen, daß die deutsche Politik ohne den Reichstag die schwierigsten weltgeschichtlichen Dinge machen kann." Derartiger Ausdeutung der Gutmüthigkeit des Parlaments muß ein Riegel vorgeschoben werden, und gerade nach der auffallenden Rede des baierischen Vertreters im Bundesrath wird der Reichstag erst recht darauf bestehen müssen, daß durch das Wort „Indemnität" zum förmlichen Ausdruck gebracht werde, es sei nicht ganz korrekt verfahren worden, aber man könne in Anbetracht der sachlichen Uebereinstimmung „Schwamm drüber" beschließen.

CPC Deutscher Reichstag.

(Unberechtigter Nachdruck, auch theilweiser, untersagt.)

5. Sitzung vom 22. November.

Eröffnung 1¼ Uhr.

Am Bundesrathstische: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, v. Goßler.

Präsident Graf Ballestrem macht Mittheilung vom Eingange des Etats, dessen Vertheilung er für Samstag in Aussicht stellt.

Die erste Berathung der Kreditvorlage für die Chinaexpedition wird fortgesetzt.

(Bezüglich des ersten Theiles der Verhandlungen vergl. den telegraphischen Bericht in der Abend-Ausgabe von gestern. D. Red.)

Abg. Stöcker (kons.) fortfahrend: Ich komme nun zu der Rede des Abg. Richter. Von dieser großen Rede galt wieder einmal das, was von allen seinen Reden gilt: im Einzelnen hat er Recht, aber im Ganzen hat er Unrecht. (Sehr gut! rechts.) Herr Richter sagt, er bestreite heute die Erwerbung von Kiautschou nicht mehr so günstig als früher. Ja, sind wir denn an diese Erwerbung herangetreten in der Erwartung, daß wir gar keine Schwierigkeiten würden zu überwinden haben? Ich empfinde meinestheils eine gewisse Genugthuung darüber, daß wir mit vollem Ernst in die sogenannte Weltpolitik hineingeführt werden, daß nicht jener billige populäre Chauvinismus sich breit macht, der da glaubt, man könne die Welt mit ein paar Redensarten beim Frühstück erobern. (Heiterkeit.) Ich habe das Vertrauen zum Reichskanzler, daß er, von Ueberstreibungen sich fern haltend, mit Maß und Besonnenheit uns auf dem Wege einer vernünftigen Weltpolitik weiterführen wird — daß wir auch nicht zurückschrecken, wenn mal ein kleiner Windstoß kommt. Das wäre kleinmüthig. (Bravo! rechts.) — Das paßt nicht für eine große Nation! (Beifall rechts.) Und wir dürften am allerwenigsten zurückschrecken, als die Boxerbewegung sich gegen Leben und Eigenthum deutscher Staatsangehörigen richtete. Wodurch wurden diese Wirren im letzten Grunde erzeugt? Weil das chinesische Kaiserthum ein Schattenkaiserthum ist, hinter dem nur Räuber, Mörder, Gesindel und Spitzbuben stehen (Gelächter links), aber Herr Bebel sucht die Boxer von aller Schuld reinzuwaschen. Ich würde mich gar nicht wundern, wenn die Boxer ihn jetzt zum Ehrenmitglied ernennen würden (Heiterkeit); verdient hätte er es schon! Statt anzuerkennen, daß die Boxer nichts sind, als Aufwiegler und Revolutionäre, sucht er die Schuld an den Wirren den Deutschen und speziell den Missionen in die Schuhe zu schieben, wie er auch über das Verhalten unserer deutschen Truppen in der abfälligsten Weise urtheilt. Bebel will, daß man den Kaufmann allein seine Wege in den fernen Ländern gehen lassen soll. Ich habe immer gedacht, er habe nur das Verständniß für das Nationale verloren, er hat es aber auch für das Internationale. Wo die Kaufleute allein vorgehen, hört man vielfach Klagen über die Behandlung der Eingeborenen. Noch vor kurzem schrieb ein Gelehrter, der weder konservativ noch orthodox war, daß die Missionsstationen die reinen Lichtpunkte in jenen fernen Ländern seien. Bebel sagt: Was würden wir sagen, wenn die Heiden zu uns kämen, um uns zu bekehren. Ja wir würden sie anhören und dann würde es uns langweilig werden und wir würden sie ihre Wege gehen lassen. Was kann dies denn auch schaden, es könnte ja nur zu einer kleinen Vermehrung der Zahl der Heiden kommen. Wir haben ja schon solche und die Reihen der Sozialdemokraten weisen eine ganze Menge auf. Die religionslosen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei fänden dann wenigstens einen Titel, wo sie unterkommen könnten. (Heiterkeit.) Ich möchte nun aber wissen, mit welchem Rechte Herr Bebel verlangt, es solle für das Christenthum in heidnischen Ländern keine Propaganda gemacht werden. Lassen Sie doch zunächst die Propaganda, wenn Sie uns die Schädlichkeit derselben vorhalten. Warum soll aber das Christenthum, diese historische Religion, die seit zwei Jahrtausenden die Welt beherrscht, nicht in die Heidenländer zu gehen berechtigt sein, um dort Licht zu verbreiten. Man darf bei der Beurtheilung der ganzen chinesischen Frage nicht vergessen, daß es in China eine starke Reformpartei gibt, die sich nach der Kultur des Westens sehnt. Es ist wesentlich, ob es uns gelingen wird, diese Sympathien für die westliche Kultur dort wieder zur Geltung zu bringen. Sehr befremdet hat es auch, daß in einem sehr angesehenen Blatt ein Kaufmann es wagte offen auszusprechen, man könne es eigentlich nicht bedauern, daß die Missionare getödtet seien. (Zurufe: Namen nennen!) Es steht in den „Hamburger Nachrichten" und auch in anderen Blättern wurden ähnliche Stimmen laut. Was wollen aber die Kolonialmächte dem Lachen, wenn die Missionen nicht mit ihnen gehen? Die protestantischen Missionen verzichten gern auf jeden Schutz der Regierung, wenn derselbe überhaupt eingeschränkt werden soll. Daß die Ermordung der katholischen Missionare zum Anlaß genommen wurde, Kiautschou zu besetzen, hatte ich für einen Fehler; wir hätten zu der Besetzung auch schon bei dem chinesisch-japanischen Feldzuge eine Gelegenheit finden können. Ich halte es auch nicht für richtige, Sühnekirchen zu bauen, da sie doch eine starke Einmischung in die religiösen Angelegenheiten bedeuten. In anderen Fällen haben die Missionare auch darauf verzichtet; sie sagten, wenn man die Uebelthäter bestrafen wolle, sei ihnen das recht, auf weitere Sühnen aber verzichteten sie. Die Folge war überall eine starke Zunahme der Zahl der Bekehrten. Das Blut der Märtyrer hat auch heute die Kraft, die ihm von Gott gegeben wurde. Darum meine ich, die Regierung müßte in solchen Fällen nicht wieder eine Vermischung von Politik und Religion eintreten lassen.

Vizepräsident Dr. v. Frege: Während der Rede des Abg. Stöcker ist ein lauter Zuruf „Lüge" vom Abg. Fischer-Berlin gebraucht worden; ich rufe denselben deshalb zur Ordnung.

Abg. Bebel (ruft): Ich habe es auch gesagt!

Vizepräsident Dr. v. Frege: Ich rufe den Herrn, der sich eben gemeldet hat, gleichfalls zur Ordnung!

Abg. Frhr. v. Hodenberg (Deutschhannov.): Für die Thaten in China müßte Sühne gefordert werden und wir sind mit der Ueberweisung der Vorlage an die Kommission einverstanden. An den Wirren ist zum Theil der Umstand Schuld, daß die Mandschu-Dynastie nicht nur in China, sondern auch darüber hinaus als nicht zu Recht bestehend angesehen wird. Eine Kritik der Kaiserrede widerspricht unserem monarchischen und konservativen Gefühle; ich möchte aber an die Minister die Bitte richten, dafür zu sorgen, daß solche Rede nicht wieder gehalten werden, selbst auf die Gefahr hin, daß es sie ihren Ministersessel kostet. Die Begleiterscheinungen bei der Aussendung der Expeditionen und bei der Ernennung des Grafen Waldersee sind nichts weiter als Brocken, die man dem antheillosen, gemüthlosen Pöbel hinwirft. Zum Schluß betont Redner, daß wir bis jetzt in unserer Chinapolitik Erfolge noch nicht aufzuweisen hätten.

Abg. Singer (Soz.): Die Ausführungen des baierischen Bundesbevollmächtigten haben auf dieser Seite des Hauses die Ueberzeugung verstärkt, die wir früher schon hatten: daß der sog. diplomatische Ausschuß des Bundesraths nichts weiter ist als eine Dekoration. Herr Stöcker hat die Nichteinberufung des deutschen Reichstags damit zu rechtfertigen gesucht, daß er meinte, auch in andern Ländern seien die Parlamente aus Anlaß der Chinawirren nicht zusammenberufen worden. Und dabei haben im englischen und französischen Parlament im Sommer die eingehendsten Debatten über China stattgefunden! Daß die Rede meines Freundes Bebel das besondere Mißfallen des Herrn Stöcker erregt hat, verstehe ich; Bebel hat die Wahrheit gesagt und die Wahrheit kann Herr Stöcker nicht leiden. (Unruhe rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen von einem Mitgliede des Reichstages nicht sagen, daß es die Wahrheit nicht leiden könne, ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. Singer (fortfahrend): Der Abg. Stöcker tadelt dann die Unvorsichtigkeit, mit der die deutschen Soldaten bei Abfassung ihrer Briefe vielfach vorgegangen seien. Ja, die deutschen Soldaten haben gar nicht die Zeit, bei Abfassung ihrer Briefe so vorsichtig zu sein, wie der Verfasser eines berühmten Scheiterhaufenbriefes. (Sehr gut! links.) Ich habe den Eindruck, der Abg. Stocker hat mit seiner Rede nur das Ziel verfolgt, seinen verlorenen gegangenen Einfluß an dritter Stelle wiederzugewinnen (Sehr gut! links.) Ob und wie weit ihm das gelungen sein mag, will ich dahingestellt sein lassen. Die Nichtachtung, die in der Nichteinberufung des Reichstags zu Tage getreten ist, hat dieser Reichstag selbst verschuldet, indem er alles bewilligte, was die Regierung jemals von ihm verlangt hat. Daß zwischen der russischen und deutschen auswärtigen Politik kein Unterschied besteht, gebe ich zu. Unsere Politik ist auf dem russisch-asiatischen Niveau angelangt. Die Reden des Kaisers werden — darin hat der Reichskanzler recht — von der Nation nicht mißverstanden; wer sollte das Wort „Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht!" denn mißverstehen? Daß wir die Namen der Briefschreiber angeben, kann nicht verlangt werden. Die Leute, die sich ein Verdienst um das Vaterland gemacht, indem sie der Nation die Wahrheit schilderten, dürfen nicht dem Kriegsgerichte zu Verantwortung ausgeliefert werden. In den letzten Tagen wurden in den Zeitungen Klagen laut über mangelhafte Verpflegung der Truppen und den Ausbruch von Epidemien. Wir verlangen eine Auskunft hierüber. Eine große Ungerechtigkeit ist auch die mangelhafte Fürsorge für die Familien der Soldaten, die in China sind, im Gegensatz zu der reichen Hülfe für die Familien der betreffenden Offiziere. Dem Abg Bassermann der aus den „Sozialistischen Monatshesten" Stimmen citirt hat, die im Gegensatz zu Bebels Auslassungen über die Chinapolitik ständen, erwidere ich, daß diese Zeitschrift von unserer Partei als maßgebend für die Auffassung der Partei selbst nicht anerkannt wird. Wo die Partei selbst gesprochen hat, ist man einig gewesen in der Verurtheilung der Raubritterpolik der verbündeten Regierungen.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abg. Singer, Sie dürfen die Politik der verbündeten Regierungen keine Raubritterpolitik nennen; ich rufe Sie deshalb zum zweiten Male zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen der Geschäftsordnung aufmerksam.

Abg. Singer (fortfahrend): Daß die Arbeiter von der Chinapolitik Vortheil haben, wie Abg. Bassermann behauptet, ist unrichtig. Der Chinakrieg hebe die Lage der Arbeiter nicht nur nicht, sondern werfe sie sogar zurück. Die Ernennung des Grafen Waldersee zum Generalfeldmarschall sei alles weniger als ein Erfolg Deutschlands. Redner schließt mit der Behauptung, es bedeute ein Herabgehen des Parlamentarismus, daß sich im Reichstag außer den Sozialdemokraten keine Partei finde, die der Regierung die Mittel für die volksfeindliche und volkszerstörende Chinapolitik verweigere.

Abg. Dr. Bachem (Centr.): Der Vorredner behauptete der Parlamentarismus sei bei uns herabgegangen, und zwar aus dem Grunde, weil der Reichstag den Forderungen der Regierung zustimmte. Ich finde nicht, daß der Parlamentarismus dann herabgeht, wenn er Forderungen, die hier als berechtigt nachgewiesen werden, annimmt; wenn er in diesem Fall umgekehrt handelte, würde er eher den Vorwurf eines unfähigen Reichstages verdienen. Der Abg. Singer hat dann den Begriff Indemnität in seinem Werth sehr niedrig eingeschätzt. Wenn der Reichskanzler in seiner einleitenden Rede nicht schon das Wort gebraucht hätte, und zwar in einem sehr klar bezeichnenden Sinn, dann würde Herr Singer mit dem Brustton der Ueberzeugung betont haben, das Wort Indemnität sei das Entscheidende, und je mehr die Regierung sich dagegen ablehnend verhalten hätte, um so mehr würde er betont haben, daß es ausschließlich darauf ankomme. Ich kann nicht zugeben, daß das Wort Indemnität dadurch an Werth verliere, daß der Reichskanzler es dem Hause freiwillig entgegenbringt, dadurch gewinnt es vielmehr an Werth und hat eine ganz andere Bedeutung, als wenn wir es uns erst erkämpfen müssen. Es ist doch das normale Verhältniß einer Volksvertretung zur Regierung, daß sie sich unter gegenseitiger Achtung der gegenseitigen Rechte sachlich verständigen, und es ist nicht normal, daß der Reichstag etwas, was ihm von der Regierung zukommt, erst erkämpfen muß. Der Reichskanzler muß dem Reichstage geben, was des Zentrums ist (große Heiterkeit) — ich meine, was des Reichstags ist; was dem Zentrum zukommt, das bekommt es noch lange nicht. Glauben denn die Herren Sozialdemokraten, daß der Parlamentarismus höherwerthig sein würde, wenn das Parlament von der Sozialdemokratie beherrscht würde? Glauben Sie, daß er auf der Höhe seiner Aufgaben stände, wenn er dem Beispiele Bebels und Singers folgte und den Kredit einfach ablehnte? Was würde dann geschehen? Dann wäre die Reichsregierung bevollmächtigt, daß sie eine Sühne fordert für die Ermordung des Gesandten, daß sie eintritt für die Remedur der Ermordung vieler anderer Europäer. Das hieße mit anderen Worten erklären: Die Chinesen haben recht gethan, den Gesandten von Ketteler zu ermorden, den Aufstand gegen die Fremden zu machen, und es wäre unsere Aufgabe, die Hände in den Schooß zu legen. (Zustimmung.) Würde ein Parlament auf der Höhe seiner Aufgaben stehen, wenn es eine derartige Politik der Impotenz treiben wollte? Nein! Wenn die verbündeten Regierungen die rechtliche Stellung des Reichstages in solchem Maße, wie es jetzt den Anschein hat, wahren wollen, so ist es für das Parlament ein Gebot der Vernunft, eine Verständigung zu suchen. Noch verwunderlicher ist es für mich allerdings, daß auch der baierische Bundesbevollmächtigte Graf Lerchenfeld den Unterschied einer einfachen nachträglichen Genehmigung und einer Indemnität nicht hat gelten lassen wollen. Die nachträgliche Genehmigung ist für den Reichstag lediglich eine Quittung dafür, daß diese Ausgaben geleistet worden sind, aber die Indemnität muß als weiteres Moment dazu kommen, weil der Reichstag mit Fug und Recht ein Aequivalent dafür fordern muß, daß die Ausgaben geleistet sind, ohne ihn zu fragen, während man ihn ganz gut fragen konnte und fragen mußte. Das Ministeriesel leistet. Die Begleiterscheinungen bei der Aussendung der Expeditionen und bei der Ernennung des Grafen Waldersee sind nichts weiter als Brocken, die man dem antheillosen, gemüthlosen Pöbel hinwirft. Zum Schluß betont Redner, daß wir bis jetzt in unserer Chinapolitik Erfolge noch nicht aufzuweisen hätten.

Abg. Singer (Soz.): Die Ausführungen des baierischen Bundesbevollmächtigten haben auf dieser Seite des Hauses die Ueberzeugung verstärkt, die wir früher schon hatten: daß der sog. diplomatische Ausschuß des Bundesraths nichts weiter ist als eine Dekoration. Herr Stöcker hat die Nichteinberufung des deutschen Reichstags damit zu rechtfertigen gesucht, daß er meinte, auch in andern Ländern seien die Parlamente aus Anlaß der Chinawirren nicht zusammenberufen worden. Und dabei haben im englischen und französischen Parlament im Sommer die eingehendsten Debatten über China stattgefunden! Daß die Rede meines Freundes Bebel das besondere Mißfallen des Herrn Stöcker erregt hat, verstehe ich; Bebel hat die Wahrheit gesagt und die Wahrheit kann Herr Stöcker nicht leiden. (Unruhe rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen von einem Mitgliede des Reichstages nicht sagen, daß es die Wahrheit nicht leiden könne, ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. Singer (fortfahrend): Der Abg. Stöcker tadelt dann die Unvorsichtigkeit, mit der die deutschen Soldaten bei Abfassung ihrer Briefe vielfach vorgegangen seien. Ja, die deutschen Soldaten haben gar nicht die Zeit, bei Abfassung ihrer Briefe so vorsichtig zu sein, wie der Verfasser eines berühmten Scheiterhaufenbriefes. (Sehr gut! links.) Ich habe den Eindruck, der Abg. Stocker hat mit seiner Rede nur das Ziel verfolgt, seinen verlorenen gegangenen Einfluß an dritter Stelle wiederzugewinnen (Sehr gut! links.) Ob und wie weit ihm das gelungen sein mag, will ich dahingestellt sein lassen. Die Nichtachtung, die in der Nichteinberufung des Reichstags zu Tage getreten ist, hat dieser Reichstag selbst verschuldet, indem er alles bewilligte, was die Regierung jemals von ihm verlangt hat. Daß zwischen der russischen und deutschen auswärtigen Politik kein Unterschied besteht, gebe ich zu. Unsere Politik ist auf dem russisch-asiatischen Niveau angelangt. Die Reden des Kaisers werden — darin hat der Reichskanzler recht — von der Nation nicht mißverstanden; wer sollte das Wort „Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht!" denn mißverstehen? Daß wir die Namen der Briefschreiber angeben, kann nicht verlangt werden. Die Leute, die sich ein Verdienst um das Vaterland gemacht, indem sie der Nation die Wahrheit schilderten, dürfen nicht dem Kriegsgerichte zu Verantwortung ausgeliefert werden. In den letzten Tagen wurden in den Zeitungen Klagen laut über mangelhafte Verpflegung der Truppen und den Ausbruch von Epidemien. Wir verlangen eine Auskunft hierüber. Eine große Ungerechtigkeit ist auch die mangelhafte Fürsorge für die Familien der Soldaten, die in China sind, im Gegensatz zu der reichen Hülfe für die Familien der betreffenden Offiziere. Dem Abg Bassermann der aus den „Sozialistischen Monatshesten" Stimmen citirt hat, die im Gegensatz zu Bebels Auslassungen über die Chinapolitik ständen, erwidere ich, daß diese Zeitschrift von unserer Partei als maßgebend für die Auffassung der Partei selbst nicht anerkannt wird. Wo die Partei selbst gesprochen hat, ist man einig gewesen in der Verurtheilung der Raubritterpolik der verbündeten Regierungen.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abg. Singer, Sie dürfen die Politik der verbündeten Regierungen keine Raubritterpolitik nennen; ich rufe Sie deshalb zum zweiten Male zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen der Geschäftsordnung aufmerksam.

Abg. Singer (fortfahrend): Daß die Arbeiter von der Chinapolitik Vortheil haben, wie Abg. Bassermann behauptet, ist unrichtig. Der Chinakrieg hebe die Lage der Arbeiter nicht nur nicht, sondern werfe sie sogar zurück. Die Ernennung des Grafen Waldersee zum Generalfeldmarschall sei alles weniger als ein Erfolg Deutschlands. Redner schließt mit der Behauptung, es bedeute ein Herabgehen des Parlamentarismus, daß sich im Reichstag außer den Sozialdemokraten keine Partei finde, die der Regierung die Mittel für die volksfeindliche und volkszerstörende Chinapolitik verweigere.

Abg. Dr. Bachem (Centr.): Der Vorredner behauptete der Parlamentarismus sei bei uns herabgegangen, und zwar aus dem Grunde, weil der Reichstag den Forderungen der Regierung zustimmte. Ich finde nicht, daß der Parlamentarismus dann herabgeht, wenn er Forderungen, die hier als berechtigt nachgewiesen werden, annimmt; wenn er in diesem Fall umgekehrt handelte, würde er eher den Vorwurf eines unfähigen Reichstages verdienen. Der Abg. Singer hat dann den Begriff Indemnität in seinem Werth sehr niedrig eingeschätzt. Wenn der Reichskanzler in seiner einleitenden Rede nicht schon das Wort gebraucht hätte, und zwar in einem sehr klar bezeichnenden Sinn, dann würde Herr Singer mit dem Brustton der Ueberzeugung betont haben, das Wort Indemnität sei das Entscheidende, und je mehr die Regierung sich dagegen ablehnend verhalten hätte, um so mehr würde er betont haben, daß es ausschließlich darauf ankomme. Ich kann nicht zugeben, daß das Wort Indemnität dadurch an Werth verliere, daß der Reichskanzler es dem Hause freiwillig entgegenbringt, dadurch gewinnt es vielmehr an Werth und hat eine ganz andere Bedeutung, als wenn wir es uns erst erkämpfen müssen. Es ist doch das normale Verhältniß einer Volksvertretung zur Regierung, daß sie sich unter gegenseitiger Achtung der gegenseitigen Rechte sachlich verständigen, und es ist nicht normal, daß der Reichstag etwas, was ihm von der Regierung zukommt, erst erkämpfen muß. Der Reichskanzler muß dem Reichstage geben, was des Zentrums ist (große Heiterkeit) — ich meine, was des Reichstags ist; was dem Zentrum zukommt, das bekommt es noch lange nicht. Glauben denn die Herren Sozialdemokraten, daß der Parlamentarismus höherwerthig sein würde, wenn das Parlament von der Sozialdemokratie beherrscht würde? Glauben Sie, daß er auf der Höhe seiner Aufgaben stände, wenn er dem Beispiele Bebels und Singers folgte und den Kredit einfach ablehnte? Was würde dann geschehen? Dann wäre die Reichsregierung bevollmächtigt, daß sie eine Sühne fordert für die Ermordung des Gesandten, daß sie eintritt für die Remedur der Ermordung vieler anderer Europäer. Das hieße mit anderen Worten erklären: Die Chinesen haben recht gethan, den Gesandten von Ketteler zu ermorden, den Aufstand gegen die Fremden zu machen, und es wäre unsere Aufgabe, die Hände in den Schooß zu legen. (Zustimmung.) Würde ein Parlament auf der Höhe seiner Aufgaben stehen, wenn es eine derartige Politik der Impotenz treiben wollte? Nein! Wenn die verbündeten Regierungen die rechtliche Stellung des Reichstages in solchem Maße, wie es jetzt den Anschein hat, wahren wollen, so ist es für das Parlament ein Gebot der Vernunft, eine Verständigung zu suchen. Noch verwunderlicher ist es für mich allerdings, daß auch der baierische Bundesbevollmächtigte Graf Lerchenfeld den Unterschied einer einfachen nachträglichen Genehmigung und einer Indemnität nicht hat gelten lassen wollen. Die nachträgliche Genehmigung ist für den Reichstag lediglich eine Quittung dafür, daß diese Ausgaben geleistet worden sind, aber die Indemnität muß als weiteres Moment dazu kommen, weil der Reichstag mit Fug und Recht ein Aequivalent dafür fordern muß, daß die Ausgaben geleistet sind, ohne ihn zu fragen, während man ihn ganz gut fragen konnte und fragen mußte. Das Ministeriesel leistet. Die Begleiterscheinungen bei der Aussendung der Expeditionen und bei der Ernennung des Grafen Waldersee sind nichts weiter als Brocken, die man dem antheillosen, gemüthlosen Pöbel hinwirft. Zum Schluß betont Redner, daß wir bis jetzt in unserer Chinapolitik Erfolge noch nicht aufzuweisen hätten.

Abg. Singer (Soz.): Die Ausführungen des baierischen Bundesbevollmächtigten haben auf dieser Seite des Hauses die Ueberzeugung verstärkt, die wir früher schon hatten: daß der sog. diplomatische Ausschuß des Bundesraths nichts weiter ist als eine Dekoration. Herr Stöcker hat die Nichteinberufung des deutschen Reichstags damit zu rechtfertigen gesucht, daß er meinte, auch in andern Ländern seien die Parlamente aus Anlaß der Chinawirren nicht zusammenberufen worden. Und dabei haben im englischen und französischen Parlament im Sommer die eingehendsten Debatten über China stattgefunden! Daß die Rede meines Freundes Bebel das besondere Mißfallen des Herrn Stöcker erregt hat, verstehe ich; Bebel hat die Wahrheit gesagt und die Wahrheit kann Herr Stöcker nicht leiden. (Unruhe rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen von einem Mitgliede des Reichstages nicht sagen, daß es die Wahrheit nicht leiden könne, ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. Singer (fortfahrend): Der Abg. Stöcker tadelt dann die Unvorsichtigkeit, mit der die deutschen Soldaten bei Abfassung ihrer Briefe vielfach vorgegangen seien. Ja, die deutschen Soldaten haben gar nicht die Zeit, bei Abfassung ihrer Briefe so vorsichtig zu sein, wie der Verfasser eines berühmten Scheiterhaufenbriefes. (Sehr gut! links.) Ich habe den Eindruck, der Abg. Stocker hat mit seiner Rede nur das Ziel verfolgt, seinen verlorenen gegangenen Einfluß an dritter Stelle wiederzugewinnen (Sehr gut! links.) Ob und wie weit ihm das gelungen sein mag, will ich dahingestellt sein lassen. Die Nichtachtung, die in der Nichteinberufung des Reichstags zu Tage getreten ist, hat dieser Reichstag selbst verschuldet, indem er alles bewilligte, was die Regierung jemals von ihm verlangt hat. Daß zwischen der russischen und deutschen auswärtigen Politik kein Unterschied besteht, gebe ich zu. Unsere Politik ist auf dem russisch-asiatischen Niveau angelangt. Die Reden des Kaisers werden — darin hat der Reichskanzler recht — von der Nation nicht mißverstanden; wer sollte das Wort „Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht!" denn mißverstehen? Daß wir die Namen der Briefschreiber angeben, kann nicht verlangt werden. Die Leute, die sich ein Verdienst um das Vaterland gemacht, indem sie der Nation die Wahrheit schilderten, dürfen nicht dem Kriegsgerichte zu Verantwortung ausgeliefert werden. In den letzten Tagen wurden in den Zeitungen Klagen laut über mangelhafte Verpflegung der Truppen und den Ausbruch von Epidemien. Wir verlangen eine Auskunft hierüber. Eine große Ungerechtigkeit ist auch die mangelhafte Fürsorge für die Familien der Soldaten, die in China sind, im Gegensatz zu der reichen Hülfe für die Familien der betreffenden Offiziere. Dem Abg Bassermann der aus den „Sozialistischen Monatshesten" Stimmen citirt hat, die im Gegensatz zu Bebels Auslassungen über die Chinapolitik ständen, erwidere ich, daß diese Zeitschrift von unserer Partei als maßgebend für die Auffassung der Partei selbst nicht anerkannt wird. Wo die Partei selbst gesprochen hat, ist man einig gewesen in der Verurtheilung der Raubritterpolik der verbündeten Regierungen.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abg. Singer, Sie dürfen die Politik der verbündeten Regierungen keine Raubritterpolitik nennen; ich rufe Sie deshalb zum zweiten Male zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen der Geschäftsordnung aufmerksam.

Abg. Singer (fortfahrend): Daß die Arbeiter von der Chinapolitik Vortheil haben, wie Abg. Bassermann behauptet, ist unrichtig. Der Chinakrieg hebe die Lage der Arbeiter nicht nur nicht, sondern werfe sie sogar zurück. Die Ernennung des Grafen Waldersee zum Generalfeldmarschall sei alles weniger als ein Erfolg Deutschlands. Redner schließt mit der Behauptung, es bedeute ein Herabgehen des Parlamentarismus, daß sich im Reichstag außer den Sozialdemokraten keine Partei finde, die der Regierung die Mittel für die volksfeindliche und volkszerstörende Chinapolitik verweigere.

Abg. Dr. Bachem (Centr.): Der Vorredner behauptete der Parlamentarismus sei bei uns herabgegangen, und zwar aus dem Grunde, weil der Reichstag den Forderungen der Regierung zustimmte. Ich finde nicht, daß der Parlamentarismus dann herabgeht, wenn er Forderungen, die hier als berechtigt nachgewiesen werden, annimmt; wenn er in diesem Fall umgekehrt handelte, würde er eher den Vorwurf eines unfähigen Reichstages verdienen. Der Abg. Singer hat dann den Begriff Indemnität in seinem Werth sehr niedrig eingeschätzt. Wenn der Reichskanzler in seiner einleitenden Rede nicht schon das Wort gebraucht hätte, und zwar in einem sehr klar bezeichnenden Sinn, dann würde Herr Singer mit dem Brustton der Ueberzeugung betont haben, das Wort Indemnität sei das Entscheidende, und je mehr die Regierung sich dagegen ablehnend verhalten hätte, um so mehr würde er betont haben, daß es ausschließlich darauf ankomme. Ich kann nicht zugeben, daß das Wort Indemnität dadurch an Werth verliere, daß der Reichskanzler es dem Hause freiwillig entgegenbringt, dadurch gewinnt es vielmehr an Werth und hat eine ganz andere Bedeutung, als wenn wir es uns erst erkämpfen müssen. Es ist doch das normale Verhältniß einer Volksvertretung zur Regierung, daß sie sich unter gegenseitiger Achtung der gegenseitigen Rechte sachlich verständigen, und es ist nicht normal, daß der Reichstag etwas, was ihm von der Regierung zukommt, erst erkämpfen muß. Der Reichskanzler muß dem Reichstage geben, was des Zentrums ist (große Heiterkeit) — ich meine, was des Reichstags ist; was dem Zentrum zukommt, das bekommt es noch lange nicht. Glauben denn die Herren Sozialdemokraten, daß der Parlamentarismus höherwerthig sein würde, wenn das Parlament von der Sozialdemokratie beherrscht würde? Glauben Sie, daß er auf der Höhe seiner Aufgaben stände, wenn er dem Beispiele Bebels und Singers folgte und den Kredit einfach ablehnte? Was würde dann geschehen? Dann wäre die Reichsregierung bevollmächtigt, daß sie eine Sühne fordert für die Ermordung des Gesandten, daß sie eintritt für die Remedur der Ermordung vieler anderer Europäer. Das hieße mit anderen Worten erklären: Die Chinesen haben recht gethan, den Gesandten von Ketteler zu ermorden, den Aufstand gegen die Fremden zu machen, und es wäre unsere Aufgabe, die Hände in den Schooß zu legen. (Zustimmung.) Würde ein Parlament auf der Höhe seiner Aufgaben stehen, wenn es eine derartige Politik der Impotenz treiben wollte? Nein! Wenn die verbündeten

worden zu sein. Herr Kollege Bebel meinte dann weiter, wenn bei uns, etwa in der Heimath des Bischofs v. Anger, ein derartiger „Einbruch" in eine katholische Kirche geschehen würde, daß dann das Volk bei uns ebensolche Ausschreitungen begehen würde. Es ist schon von verschiedenen Seiten das Richtige hierzu gesagt worden und insbesondere hat auch der Herr Kriegsminister darauf hingewiesen, daß daran gar nicht zu denken sei. Ich will das aber doch noch einmal ausdrücklich unterstreichen, weil es thatsächlich Kreise in unserem Volke gibt, die diese Parallele für richtig halten. Nein, wenn der Bischof von Li-Hung-Tschang oder wenn irgend ein anderer chinesischer Gelehrter oder Kaufmann den Wunsch gehabt hätte, den Kölner Dom zu besuchen oder die Liebfrauenkirche in München oder auch nur eine Kirche auf dem Lande. — Sie können sich darauf verlassen, kein Haar würde ihm gekrümmt worden sein, umgekehrt, man würde sich freuen, daß er die Gelegenheit benutzt, von der Schönheit des katholischen Gottesdienstes Kenntniß zu nehmen und man würde hoffen, daß dieser Besuch und die Anschauung des katholischen Gottesdienstes dazu beitragen würden, dem Christenthum in China die Wege zu ebnen. Aber so lange die Welt steht, ist es noch nicht dagewesen, daß ein Fremder, weil er in eine katholische Kirche gegangen ist, todtgeschlagen oder auch nur behelligt worden wäre. Ich glaube auch nicht, daß es in China Leute gibt, die ein solches Vorgehen oder eine derartige Mordthat vertheidigen würden, wie der Abg. Bebel das Vorgehen der Boxer vertheidigt hat. Und nun ein Wort über den Neujahrsbrief des Bischofs v. Anger, den der Abg. Bebel angezogen hat. Der Anfang des Briefes lautet allerdings: der Grund der Verfolgungen war die Besetzung von Kiautschou. Die Herren (nach links) haben daraus den Beweis gezogen, daß die Besetzung von Kiautschou ein entscheidendes Moment für die Unruhen gewesen wäre; es wäre lohnier gewesen, wenn sie nicht nur diesen Neujahrsbrief angezogen hätten, sondern auch die Erklärung, die Bischof v. Anger bald darauf gegeben hat, nämlich daß, weil er nun schon zwanzig Jahre nur chinesisch spricht, er nicht mehr so scharf die deutsche Sprache beherrsche, so daß er sich im Ausdruck vergriffen habe; er habe nur sagen wollen, daß die Veranlassung zum Ausbruch der Unruhen die Besetzung von Kiautschou war, also gewissermaßen der letzte Tropfen, der das Faß zum Ueberlaufen brachte. Vollständig fern aber hat es ihm gelegen, behaupten zu wollen, daß die Besetzung von Kiautschou der wirkliche Grund für den Ausbruch der Unruhen gewesen sei. Der Ausbruch der Wirren hat ganz andere Gründe, die zum Theil bis in die 60er Jahre zurückgehen. — Gründe politischer Art, sozialer Art, dynastischer Art und schließlich auch religiöser Art — das aber gewiß ganz erst in allerletzter Linie! (Beifall und Zustimmung.) Der Missionar, der aus rein idealen Motiven nach China geht, vermindert es auch viel sorgsamer, das religiöse oder nationale Gefühl der Einwohner zu verletzen, als der Ingenieur oder der Kaufmann, der sich vielfach aus Nachlässigkeit oder aus Unkenntniß solche Verletzungen zu schulden kommen läßt. Da ist es doch in höchstem Grade angezeigt, gerade auf die Missionare in erster Linie Steine zu werfen! (Beifall.) Der Abg. Bebel hat ferner gemeint: „Die Betonung des religiösen Gefühls war ein politischer Fehler; denn die Wirren sind erzeugt wesentlich auch durch die Aufstachelung des religiösen Fanatismus in China". Das „wesentlich" muß gestrichen werden, wenn der Satz richtig sein soll. Daß der religiöse Fanatismus zur Verschärfung der Wirren beigetragen hat, ist zuzugeben. Das fällt aber nicht auf das Schuldkonto der Missionare; denn wenn man das religiöse Gefühl vollständig ausschalten wollte, so würde eben nichts anderes übrig bleiben, als ruhig darauf zu verzichten, China dem Christenthum zu gewinnen. Der Abg. Richter hat dann davor gewarnt, Religion und Politik zu vermischen. Gewiß wäre es erwünscht, wenn es möglich wäre, Religion und Politik so scharf auseinander zu halten, wie die Herren Bebel und Richter es zu wünschen scheinen. Gerade vom religiösen Standpunkt muß man nicht nur wünschen, sondern mit aller Entschiedenheit darauf hinwirken, daß niemals der Schein erweckt wird, als sei der Missionar der politische Agent der Regierung oder als sei es die Aufgabe der Regierung, einer fremden Bevölkerung mit den Mitteln ihrer materiellen Uebermacht eine fremde Religion aufzwingen zu wollen. Die Bekehrung zum Christenthum hat sich aufzubauen auf dem Boden der Lehre und des guten Beispiels einerseits, und der freien Ueberzeugung auf der anderen Seite. Alle Mittel, die auch nur den Schein des Zwanges an sich haben, müssen sorgsam vermieden werden. Niemals aber haben auch die Missionare etwas derartiges von der Regierung verlangt. Was sie aber von ihr verlangen und mit Recht verlangen, daß ist der Schutz für Leib und Leben. Die Regierung muß auch die Missionare schützen, wie sie alle ihre Staatsangehörigen schützt, mögen es nun Kaufleute oder Industrielle, oder Diplomaten sein. Lehnt es denn bei uns die Regierung ab, für die Sicherheit der hier lebenden Chinesen, Japanesen und anderen Staatsangehörigen zu sorgen? Wenn aber unsere Regierung auf Grund des Völkerrechts für die Sicherheit der Chinesen eintritt, so ist es nicht mehr wie recht und billig, daß die chinesische Regierung für die Sicherheit unserer Landsleute, nicht nur der Diplomaten und Kaufleute, sondern auch der Missionare eintritt. Wenn die deutschen Kaufleute, die den materiellen Erwerb nachgehen, gehalten werden, ist es denn unbillig, zu verlangen, daß die Missionare, die auf rein idealen Rücksichten nach China gehen, denselben Schutz und dasselbe warme Interesse finden? Für die katholische Mission des Bischofs v. Anger in Süd-Schantung kommt dazu, daß die deutsche Regierung das Protektorat übernommen hat. Es freut mich, daß der Reichskanzler die Absicht anerkannt und die Ausübung derselben als eine Ehrenpflicht für Deutschland bezeichnet hat. Wenn er aber dazu bereit ist, kann man auch doch nicht zumuthen, nun im Deutschen Reichstage ihm in die Arme zu fallen und zu sagen, der Kaufmann, der des Geldverdiens wegen nach China geht, hat dort eine Existenzberechtigung, der Missionar aber nicht. Auf diesem Standpunkt stehen wir nicht, wir haben bei der Kolonialbewegung den Grundsatz verfolgt, daß die materiellen Interessen der Kaufleute und die idealen Interessen der Missionare mindestens in gleichem Maße zu berücksichtigen seien, und das Interesse, das wir der kolonialpolitischen Bewegung zuwandten, kommt wesentlich daher, daß gerade die Missionen, welche wir warm ins Herz geschlossen haben, ihren Fortgang finden. Von den Fortschritten der Kaufleute ist zur Zeit noch wenig zu spüren. Wir wünschen dringend, daß Ruhe und Ordnung bald wieder in China einkehren, damit die Missionen sich wieder neu entfalten können, es wird dies viele Mühe und Arbeit benöthigen, daß es aber nicht 100 Jahre dauert, dafür ist der Opfermuth und die Opferfreudigkeit des katholischen Volkes in Deutschland zu groß. Das Blut der Martyrer ist stets der Samen des Christenthums gewesen und wird es auch in China sein. (Lebhafter Beifall.) Ich möchte nun nicht den Schein aufkommen lassen, als ob wir den Chauvinismus fördern wollten. Wo Deutschland reelle Handelsverbindungen hat, müssen diese gehegt und gepflegt werden. Unsere auswärtige Politik muß aber eine zurückhaltende und vernünftige bleiben. Wir verurtheilen durchaus das Bestreben jener Leute im Lande, die mit großen Worten einen gewissen Chauvinismus hervorzurufen suchen. Wenn es so weitergeht mit der Schürung des Chauvinismus, dann treibt man das deutsche Volk in die Stimmung, die Frankreich in die schwere Krisis von 1870 gedrängt hat. Wenn wir bei der nüchternen, ernsten Auffassung der Verhältnisse bleiben, dann wird die Zukunft des deutschen Reiches, daß bin ich sicher, am besten gesichert sein! (Lebhafter Beifall im Zentr.)

Abg. Frhr. v. Wangenheim (B. d. L.): Das deutsche Volk ist gern bereit, Opfer für die Wiederherstellung seiner Ehre zu bringen. Es ist ein gutes Zeichen, daß sich hier im Hause nur ein Bebel und Singer finden, die den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, unsere bewährten Truppen in China zu verunglimpfen. Sollten vielleicht einige Soldaten nicht mehr so gut sein wie früher, so trägt die Minierarbeit der Sozialdemokraten daran die Schuld. An den an Frauen und Kindern verübten Greuelthaten haben unsere Soldaten nicht theilgenommen. Die Nichteinberufung des Reichstags war ein Fehler des Fürsten Hohenlohe, der sich aus dem Mißverständniß erklärt, daß zwischen ihm und dem Reichstag bestanden hat. Eine traurige Erscheinung ist es, daß gewisse Leute dem Kaiser falsche Absichten unterschieben. (Zustimmung.) Wir sind erfreut darüber, daß der Reichskanzler eine vernünftige Weltpolitik treiben will; er muß aber nicht nur ein Mehrer nach außen, sondern auch nach innen sein. (Beifall.)

Hierauf vertagt sich das Haus. Es folgen einige persönliche Bemerkungen.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung.

Schluß gegen 6 Uhr.

Amtliches.

Versetzt: Erster Staatsanwalt Melchers in Hechingen an das Landgericht in Cleve.

Ernannt: Gerichts-Assessor Dr. Bergmann in Düsseldorf zum Amtsrichter in Lück und Gerichts-Assessor Sprengel in Mezig zum Amtsrichter in Wesel.

Deutschland.

◇ **Berlin**, 22. Nov. Es war schwerlich allein die Fortsetzung der Chinadebatte, die heute wieder ein zahlreiches Publikum in den Reichstag gelockt hatte. Man hatte sich wohl auf sensationelle Verhandlungen über die 12,000 M.-Affaire gespitzt. Indeß die Enttäuschung blieb nicht aus. Trotz 4½stündiger Sitzung wurde heute nicht einmal die Chinadebatte zu Ende geführt. Heute war der erste Redner der süddeutsche Demokrat Abg. Payer. Seit er Präsident der württembergischen Kammer ist, tritt er längst nicht mehr so „demokratisch" auf wie in früherer Zeit. Was er über die Nichteinberufung des Reichstags, die Kaiserreden, Hunnenbriefe, Weltpolitik u. s. w. sagen konnte, hatten ihm Richter und andere zudem vorweg genommen. Nicht gesagt war bisher, daß der Bundesrath ebenso übergangen und in seinen Rechten verletzt worden sei, wie der Reichstag, und beide daher Arm in Arm ihr Jahrhundert in die Schranken fordern sollten. Diese Aufforderung hatte wenigstens die Wirkung, eine Antwort aus der Mitte des Bundesraths zu erzielen. Der bairische Gesandte Graf Lerchenfeld erhob sich und bestritt, daß der Bundesrath über die Ereignisse im Unklaren geblieben und übergangen worden sei. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten sei zusammengetreten und habe vollen Aufschluß erhalten. Die Frage der Reichstagseinberufung sei ebenfalls in dem diplomatischen Ausschusse erörtert worden; man habe die Gründe gegen die sofortige Einberufung, die in der Thronrede mitgetheilt seien, gerechtfertigt gefunden. Der polnische Abgeordnete von Dzembowski-Pomian wußte von dem Fremdenhaß in China auf den (antipolnischen) Fremdenhaß in Deutschland hinüberzuleiten. Es ging ihm aber wie allen Rednern der Polen, er sprach vor einem leeren und unachtsamen Hause. Glücklicher war der Abg. Stöcker, der für seine Person allein eine Fraktion bildet, die christlich-soziale. Eine zahlreiche Korona sammelte sich sofort um ihn und lauschte gespannt seinen Worten. Er kam bald auf Bebels Rede, dessen Ausführungen über die Boxer und die Grausamkeit der deutschen Soldaten er zurückwies. Lebhaft vertheidigte er die Missionen, wünschte aber, daß die Regierung nicht Strafe für die Ermordung von Missionaren auswirken möge, denn dadurch werde das Missionswerk nur geschädigt. Eine stürmische Szene beschwor er durch die Bemerkung herauf, die Sozialdemokraten zeigten soviel Mitleid mit den „armen" Boxern, während sie den Opfern der Kommune, welche Tausende von ehrenwerthen Leuten und einen Erzbischof hinmordete, ihre Sympathie versagt hätten. Die Sozialdemokraten geriethen darüber in eine wilde, aber sichtlich stark gekünstelte Aufregung und schrieen: „Lüge! Lüge!" Abg. Dr. v. Frege aber, der gerade das Präsidium führte, „bewährte" sich wieder einmal. Er schwang die Glocke und sagte schneidig: „Ich bitte den Herrn Redner nicht zu unterbrechen!" Die stürmische Heiterkeit des Hauses machte ihm wohl klar, daß er abermals das richtige Wort nicht gefunden habe. Am Schluß der Rede hatte er sich soweit in die Situation gefunden, daß er dem Abg. Fischer (Sachsen) einen Ordnungsruf ertheilen konnte und als Bebel ihm erklärte, auch er habe „Lüge" gerufen, diesem desgleichen. Damit regte er aber das Haus nur zu neuer Heiterkeit an. Nachdem es dem Deutsch-Hannoveraner Abg. Frhrn. v. Hodenberg und dem Abg. Singer mit seinen langstieligen Ausführungen nicht geglückt war, eine Fesselung der Zuhörer zu erzielen, gelang es dem Abg. Dr. Bachem noch einmal, das Haus aus seiner Lethargie herauszureißen und sich dessen gespannte Aufmerksamkeit für eine gute halbe Stunde zu sichern. Er fertigte einleitend den Abg. Singer und die Sozialdemokraten überhaupt dafür ab, daß sie immer so verächtlich vom Reichstage sprechen und seine Bedeutung gleich Null erscheinen lassen möchten. Zur Zusammenfassung damit legte er dar, daß die ausdrückliche Ertheilung der Indemnität doch eine ganz andere staatsrechtliche Tragweite habe als die bloße Ertheilung der nachträglichen Genehmigung. Hierbei konnte er nicht umhin, seine Verwunderung darüber auszusprechen, daß der Gesandte des zweitgrößten Bundesstaates den Unterschied nicht habe gelten lassen. Der eigentliche Zweck seiner Rede war indeß die Vertheidigung der katholischen Missionen, insbesondere des Bischofs Anzer gegen den Vorwurf Bebels, den Fremdenhaß und die Unruhen in China verschuldet zu haben. Diese Vertheidigung führte er nicht mit allgemeinen Behauptungen, sondern mit Thatsachen und authentischen Aktenstücken. Die Vermischung von Religion und Politik verurtheilte auch er. Es dürfe nicht den Anschein gewinnen, als sei der Missionar nur der Pionier der politischen Macht; ebenso wenig dürfe die christliche Religion mit irgend welchen Mitteln der Gewalt verbreitet werden. Etwas anderes aber sei der Schutz von Leib und Leben der Missionare gegen Unrecht und Gewaltthätigkeit. Sie seien in China auf Grund der Verträge und mit Genehmigung der chinesischen Regierung; daher habe diese auch die Pflicht, sie zu schützen. Für die deutschen Missionare habe die deutsche Regierung überdies das Protektorat übernommen; darum müsse sie auch das Schutzrecht ausüben. Schließlich warnte der Redner eindringlich vor allem deutschen Chauvinismus. Letzter Redner war Abg. Frhr. v. Wangenheim, der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, der hauptsächlich das Wort ergriffen zu haben schien, um dem alten Fürsten Hohenlohe, den er für Nichteinberufung des Reichstags verantwortlich machte, einige Steine nachzuwerfen. Aufsehen erregte er mit der Behauptung, er wisse aus eigener Erfahrung, daß von einflußreichen Stellen dem Kaiser grundsätzlich gefälschte Berichte vorgelegt würden. — Nach einer Fluth persönlicher Bemerkungen wird um ½6 Uhr die Weiterberathung auf morgen vertagt. Vor allem ist morgen noch eine lange Rede Bebels zu erwarten. Man hofft indeß auch noch an die Interpellation zu kommen.

Spanien.

* **Madrid**, 22. Nov. In Barcelona und Badalona sind neue Verhaftungen vorgenommen und neuerdings Entdeckungen von Kriegsmaterial gemacht worden. Demnächst soll der Prozeß gegen die Karlisten vor dem Kriegsgericht aufgerufen werden.

Rußland.

* **Livadia**, 22. Nov. Der Kaiser verbrachte den gestrigen Tag ziemlich gut. Um 2 Uhr Nachmittags war die Temperatur bis auf 37,9 gefunken, stieg aber bis 10 Uhr Abends wieder bis auf 38,7 bei einem Puls von 68. Nachts schlief der Kaiser wenig. Am Morgen war das Empfinden gut, ebenso war der allgemeine Kräftezustand gut. Um 9 Uhr betrug die Temperatur 38,1, der Puls 72.

Rumänien.

* **Bukarest**, 22. Nov. Mord- und Komplottprozeß. Der Gerichtshof fällte heute das Urtheil. Wegen der Ermordung Fitowskis werden der Mörder Alieu zu lebenslänglicher und seine Mitschuldigen Mitew und Stoikow zu 20jähriger, Karambalew zu 7jähriger Zwangsarbeit verurtheilt. Tellanow als Minderjähriger wird auf 2 Jahre in einem Arbeitshaus untergebracht. Wegen der Ermordung Michailows werden verurtheilt: der Mörder Dimitrow zu lebenslänglicher, Alexow zu 20jähriger Zwangsarbeit und Petew zu 15jähriger Einschließung. Wegen der Verschwörung gegen den König Karl erhielt Bogdanow 10 Jahre Gefängniß, Alexow, Petew und Dimitrow werden solidarisch zur Zahlung von 10,000 Frcs. verurtheilt. Die Mitschuldigen Saralow, Davidow, Krowacew, Petrow und Stolanow werden zu lebenslänglicher, Theodorow, Bonnafon, Poparsow, Zamfirow, Tzvetkow, Trolew, Surlakow und Ikonomow, zu 20jähriger Zwangsarbeit verurtheilt. Außerdem haben Saralow und die an der Ermordung Michailanows Mitschuldigen zu einer Zahlung von 10,000 Francs an die nebenklägerische Zivilpartei zu zahlen, die 100,000 Francs verlangt hatte.

Präsident Krüger in Europa.

* **Marseille**, 22. Nov. Kurz vor 11 Uhr wurde eine Schaluppe mit der holländischen Flagge sichtbar, welche den Präsidenten Krüger an Land brachte. Als die Schaluppe vor der Landungsbrücke anlegte, klatschte die Menge Beifall. Von allen Seiten ertönten die Rufe: „Es lebe Krüger! Es leben die Buren!" Dr. Leyds landete zuerst; ihm folgte Krüger, der entblößten Hauptes die Mitglieder des Empfangskomitees begrüßte. Die Vorsitzenden des Komitees hielten Ansprachen, in welchen sie Krüger willkommen hießen; Präsident Krüger hielt darauf folgende Rede in holländischer Sprache:

„Ich danke den Vorsitzenden der Marseiller und Pariser „Ausschüsse für die Unabhängigkeit der Buren", für ihre Beglückwünschung und Bewillkommnung. Ich danke für den unvergeßlichen Empfang, den ich hier gefunden habe und den ich, wie man mir versichert, in ganz Frankreich finden werde. Ich bin glücklich, den Fuß wieder auf freien Boden setzen zu können, und daß ich endlich als freier Mann wieder aufleben kann. Ich danke auch der französischen Regierung für die Beweise der Sympathie, die sie mir wie meinem Volke gegeben hat, indem sie mir eine solche Aufnahme zu theil werden ließ. Obschon ich in Trauer bin, nehme ich gern die Huldigungen entgegen als einen Sympathiebeweis Frankreichs. Es ist ein schrecklicher Krieg, den man gegen uns führt. Seit dem Einfall Jamesons, der sich der beiden Republiken ohne einen Flintenschuß bemächtigen wollte, habe ich nicht aufgehört, ein Schiedsgericht zu verlangen, das man mir aber immer verweigert hat. Wenn aber England gut unterrichtet gewesen wäre, hätte es dieses Schiedsgericht angenommen. Es ist wirklich ein barbarischer Krieg. Ich habe barbarische Kriege mitgemacht und doch habe ich ehedem nicht so haarsträubende barbarische Unthaten gesehen, wie sie hier täglich begangen worden sind. Man hat unsere Farmen, die uns so Mühe gekostet haben, niedergebrannt, man vertreibt die Frauen, deren Männer im Kriege stehen, und mißhandelt Frauen und Kinder und läßt sie hungern. Was man aber auch thun mag, wir werden uns niemals ergeben, wir werden bis zum Ende kämpfen. Die Gerechtigkeit der Menschen mag uns dabei fehlen, aber wir vertrauen auf Gott. Wenn Transvaal und der Oranjefreistaat jemals ihre Unabhängigkeit verlieren sollen, so wird zuerst das ganze Boren-volk, Frauen und Kinder eingegriffen, vernichtet werden müssen ehe wir uns ergeben."

Die Rede wurde häufig von Beifall unterbrochen. Gegen Schluß der Rede steigerte sich der Beifall bis zur Begeisterung. Als der Wagen Krügers, der mit dem Präsidenten überreichten Blumen überfüllt war, sich in Bewegung setzte, ertönten nicht endenwollende Rufe: „Hoch Krüger!" Die Musik spielte die Transvaalhymne. Die Fahrt zum Hotel dauerte eine Stunde. Unausgesetzt ließen sich während der ganzen Fahrt Hochrufe hören, die sich auch wiederholten, als der Präsident, im Hotel angelangt, sich am Fenster zeigte.

* **Marseille**, 22. Nov. Präsident Krüger dankte vom Balkon des Hotels aus der Menge in einer kurzen Ansprache für den ihm bereiteten warmen Empfang; Hierauf zog er sich zur Berathung mit den hier weilenden Vertretern Transvaals und des Orangefreistaates zurück. Nachmittags sollen Empfange bei Krüger stattfinden. Während der Fahrt des Präsidenten und seiner Begleiter durch die Stadt wurden einige Engländer, die auf einem Balkon standen und sich weigerten, auf die Zurufe der Menge den Hut abzunehmen und sogar Kupfermünzen herunterwarfen, so lange von der Menschenmenge ausgepfiffen und verhöhnt, bis sie vom Balkon verschwanden.

* **Paris**, 22. Nov. Die Gemeinderäthe mehrerer Städte haben an den Präsidenten Krüger Adressen gesandt.

Telegraphische Depeschen.

W **Marseille**, 23. Nov. Die „Gelderland" ist Abends von hier wieder abgegangen. Am Abend sammelte sich vor dem Offizierklub wie auch vor den Gebäuden der Zeitungen eine Menge an unter Hochrufen auf das Heer, auf Frankreich und den Präsidenten Krüger. Vor dem englischen Konsulat wurde das „Lampionlied" gesungen und Schmährufe auf England ausgestoßen. Die Polizei trieb hier die Menge auseinander, ebenso hinderte die Polizei eine andere Gruppe, sich in einem Zuge nach der Polizeipräfektur zu begeben.

W **Marseille**, 23. Nov. Präsident Krüger richtete an den Präsidenten Loubet folgende Depesche: „Indem ich auf dem gastlichen Boden Frankreichs lande, ist meine erste Handlung, das würdige Oberhaupt der französischen Republik zu begrüßen und Ihnen die Bezeugung meiner Dankbarkeit für die Beweise des Interesses zu übermitteln, welche Ihre Regierung und ihr Land mir gaben."

W **Marseille**, 23. Nov. Präsident Krüger empfing gestern Nachmittag 2 Uhr den Bürgermeister von Marseille, Flaissières, der ihm die theilnehmenden Gefühle der Stadtbevölkerung für die Buren und ihr Unglück aussprach und den Wunsch daran knüpfte, daß die Transvaalfrage eine gerechte Lösung finden möge. Präsident Krüger drückte ihm die Hand und bemerkte, er vertraue auf Gott und sein gutes Recht. Sodann überreichte ihm der Bürgermeister zahlreiche Adressen. Der Bürgermeister hat die Festhaltung und strenge Verfolgung der Personen angeordnet, die gestern Mittag den Zwischenfall bei der Vorbeifahrt des Präsidenten an einem Hotel der Rue Cannebière hervorriefen.

Der Aufstand der Boxer in China.

* Mit einer Theilung Chinas wird von den Vereinigten Staaten gerechnet. Der „Daily Telegraph" meldet aus Washington von dem Präsidenten Mac Kinley und seinen Rathgebern werde zur Zeit die Möglichkeit erwogen, daß die Vereinigten Staaten für den Fall einer Theilung Chinas genöthigt sein könnten, einen Handelshafen in China zu erwerben. Der Präsident habe einem Herrn, der in Ostasien Geschäftsinteressen habe, die Versicherung gegeben, daß dies der Fall sein werde, wenn es thatsächlich zu einer Theilung Chinas komme.

* * *

* **Petersburg**, 21. Nov. Ein Generalstabsbericht meldet: Am 31. Oktober wurde eine aus zwei Zügen Infanterie, einer Eskadron Kavallerie und zwei Geschützen bestehende Truppenabtheilung abgesandt, um eine Abtheilung Chinesen in der Gegend der Bahnstation Juancho, 70 Werst nördlich von Kuan Tschenzi an dem Wege nach Charbin zu entwaffnen. Die Verschanzungen der Chinesen wurden genommen und 300 Mann gefangen. Die russischen Verluste waren gering. — In der Umgebung der Stadt Telin wurden die Bewohner von chinesischen Soldaten durch Brandstiftungen beunruhigt. Eine zur Unterstützung der dortigen Truppen entsandte Abtheilung hatte auf dem Wege Scharmützel mit chinesischer Kavallerie zu bestehen. — In der Nähe von Mukden überfiel eine Räuberbande eine bei einer Brücke beschäftigte halbe Kompagnie Sappeure, wurde aber zersprengt. — Am 7. November hatte eine russische Truppenabtheilung, welche gegen Boxer ausgesandt war, die zwischen Baodi und Lutai standen, ein Gefecht zu bestehen, bei welchem ein von Boxern besetztes Dorf genommen und viel Gewehre genommen wurden.

Rheinland und Westfalen.

§ **M.Gladbach**, 22. Nov. Am heutigen ersten Tage der Stadtverordnetenwahl 3. Abtheilung erhielten die Kandidaten der Zentrumspartei: Adam Becker 1229, Franz Brandts 1232, Dr. Hüsgen 1227 Stimmen. Die Kandidaten der liberalen Partei: Dr. Bongartz 276, Max Greeven 275, Rich. Küstemann 271 Stimmen.

** **Aus dem Kreise Mörs**, 21. Nov. Die Stadtverordneten-Versammlung in Rheinberg hat die Erhebung von Baupolizeigebühren für die Genehmigung, Beaufsichtigung und Abnahme von Neubauten, Umbauten und anderen baulichen Herstellungen beschlossen. Die vom Bezirksausschusse genehmigte Gebührenordnung tritt sofort in Kraft. — In Sonsbeck ist unter dem Namen „Sonsbecker Pferdezuchtgenossenschaft, e. G. m. b. H." eine Genossenschaft gegründet worden, welche die Förderung der Pferdezucht unter den Mitgliedern bezweckt. — Bei der Verpachtung der Gemeindejagden der Gemeinden Büderich und Hinderich, umfassend 5 Parzellen, wurde eine jährliche Pachteinnahme von 3380 M. erzielt, gegen 3010 M. bisher, also 370 M. mehr.

Telegraphische Depeschen

der „Niederrheinischen Volkszeitung."

W **Berlin**, 23. Nov. Dem Reichstag ging ein Antrag Pachnicke-Roesike-Dessau zu, welcher die Rechtsfähigkeit eingetragener Berufsvereine sowie die Erlaubniß für dieselben erstrebt, ihre Bestrebungen auch auf Veränderungen der Gesetzgebung zu richten; ferner ein Antrag Bassermann-Hasse, welcher den Schutz der Vorschriften für die Gehülfen der Notare, Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher und Krankenkassen verlangt; ferner ein von Lieber und Genossen eingebrachter Gesetzentwurf über die eingetragenen Berufsvereine.

W **Berlin**, 23. Nov. Die „Voss. Ztg." meldet aus Frankfurt a. M.: Der Kaiser ließ auf der Reise nach Offenbach den Hofzug halten, um die Stelle des Eisenbahnunfalls am 8. d. M. zu besichtigen und Auskunft über den Unfall entgegenzunehmen. — Dem „Vorwärts" zufolge bringen die Sozialdemokraten einen Gesetzentwurf ein betreffend die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers. — In Frankfurt a. M. wurde der erste Sozialdemokrat zum Stadtverordneten gewählt.

W **Homburg v. d. H.** 23. Nov. Der Kaiser ist 5 Uhr 30 Min. Abends hierher zurückgekehrt; er besuchte hier das Atelier des Professors Gerth und weilte Abends bei der Abfahrt bei dem Landrath Dr. v. Meister. Die Abreise des Kaisers nach Kiel erfolgte kurz nach 10 Uhr Abends.

Lokales.

** **Krefeld**, 23. Nov. In einer am Montag, 19. ds. im Kühler'schen Saale stattgehabten Versammlung des sozialdemokratischen Volksvereins wurde laut der sozialdemokratischen „Volkstribüne" eine Resolution angenommen, welche die Stellung der Sozialdemokraten zu dem Kompromiß, welches zwischen dem „Niederrheinischen Verbande christlicher Textilarbeiter" und dem „Niederrheinischen Weber-Verbande" für die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen geschlossen worden ist, darlegt. Dieselbe lautet:

„In Erwägung, daß die christlichen Gewerkschaften hauptsächlich als Damm gegen das Vordringen der Sozialdemokratie und als Stützpunkt der Zentrumspartei gegründet worden sind, erklärt die heutige Versammlung ein Eintreten für die christlichen Gewerkschaften als mit den Parteigrundsätzen in Widerspruch sich befindend und erwartet von allen Parteigenossen, daß dieselben bei der bevorstehenden Gewerbegerichtswahl nur solchen Kandidaten ihre Stimme geben, welche voll und ganz auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen."

Stadtverordneten-Verhandlungen.

£ **Krefeld**, 23. Nov. Die Sitzung wurde gestern Abend 6 Uhr durch den Oberbürgermeister, Herrn Geh.-Rath Küper eröffnet.

Der Vorsitzende weist zunächst darauf hin, daß am 1. Dezember die Allgemeine Volkszählung beginnt und ertheilt, um falschen Auffassungen, die eventuell hierüber in der Bürgerschaft verbreitet sein könnten, zu begegnen, Herrn Beig. Dr. Cremer über den Gegenstand das Wort.

Beig. Dr. Cremer erklärt den Zweck der Volks- und Viehzählung und die Art, wie dieselbe vor sich geht. Wir können von einer Wiedergabe dieser Ausführungen Abstand nehmen, da wir bereits in Nr. 664 der „Niederrh. Volksztg." vom 16. November einen von amtlicher Seite herrührenden Artikel gebracht haben, in welchem die zum Verständniß der Bürgerschaft nöthigen Angaben und Bestimmungen enthalten sind. Redner sowie der Vorsitzende bitten die Bürgerschaft um das weiteste Entgegenkommen, sowie die Vertreter der Bürgerschaft, in diesem Sinne wirken zu wollen.

Stadv. Kramer interpellirt den Vorsitzenden wegen der neuesten Regierungsverfügung, wonach Krefeld künftig wieder mit „C" geschrieben werden soll.

Der Vorsitzende erwidert, daß er nur von der öffentlichen Bekanntmachung Kenntniß hat, eine Verfügung sei an ihn noch nicht gelangt. Nachdem die Landespolizeibehörde bekanntlich die Schreibung mit „K" angeordnet, aber noch einige Ressorts sich dieser Schreibung nicht angeschlossen hatten, habe er einen Antrag an den Minister durch Vermittelung des Regierungspräsidenten gerichtet, zu verfügen, daß die Schreibweise einheitlich seitens aller Ressorts gehalten werden solle. Nun komme mit einem Male die Bekanntmachung, welche das Gegentheil von dem vorschreibe, was wir wünschen und erwartet hatten. Jedenfalls werden wir einstweilen Krefeld nach wie vor mit „K" schreiben und eventuell, wenn es nöthig werden sollte, vortheilig werden.

Stadtv. Kramer: Als uns vor 3 Jahren, am 9. Dezember 1897, die Frage vorgelegt wurde: „Wie soll der Name der Stadt Krefeld amtlich geschrieben werden?" bezeichnete der Herr Vorsitzende es als ein Gebot der öffentlichen Ordnung, wenn für jede Ortschaft eine allgemein maßgebende Bezeichnung besteht. Daraufhin ist einstimmig beschlossen worden, dem Antrage der Verwaltung entsprechend, Krefeld mit „K" zu schreiben. Nachdem wir uns nun drei Jahre lang hieran gewöhnt haben, kommt uns die jetzige Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten um so überraschender, als wir nach den Eingaben unserer Verwaltung an den Herrn Minister des Innern das grade Gegentheil hatten erwarten dürfen. Es hat den Anschein, als ob der Herr Minister in dieser Sache schlecht berathen gewesen ist, denn ebenso wie uns ist es der Nachbarstadt Köln ergangen. Dort wie hier ist der Nachweis erbracht worden, und zwar in Köln in eingehendster Weise durch den Stadtarchivar Prof. Dr. Hansen, sowie durch eine Denkschrift der Kölner Handelskammer, daß die Schreibweise mit „K" die allein richtige sei. Da die jetzige Entscheidung des Herrn Ministers ohne nähere Begründung erfolgt ist, so hat das Stadtverordnetenkollegium von Köln bereits deren Verwaltung ermächtigt, gegen die Verfügung des Kölner Regierungspräsidenten die gesetzlichen Rechtsmittel zu ergreifen

und ich beantrage, daß wir hier das Gleiche thun. Kehmt stellt folgenden Antrag: „Die Stadtverordneten-Versammlung ermächtigt die Stadtverwaltung, gegen die Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten betreffend die Schreibung des Namens der Stadt Krefeld im Anlaut mit „C“ die gesetzlichen Rechtsmittel zu ergreifen.“

Stadtv. Krüsemann bemerkt: Man könne hier das Sprüchwort anwenden: Difficile est, satiram non scribere. Man möge die Sache nicht so ironisch nehmen. Es sei nicht rathsam, aus einem solchen Anlaß Differenzen mit den Verwaltungsbehörden einzuleiten. Schließlich liege nicht viel daran, ob Krefeld mit C oder mit K geschrieben werde, wenn nur eine einheitliche Schreibweise erreicht werde.

Der Vorsitzende bittet, den Antrage des Stadv. Kramer zu folgen, da dies dem eventuellen Vorgehen der Verwaltung mehr Nachdruck verleihe.

Beig. Sanitätsrath Dr. Urfey bittet auch, die Sache nicht allzu ironisch zu nehmen; er spricht sich für den Antrag Kramer aus; nur möge man eine redaktionelle Aenderung dahin treffen, daß man einfach sagt: „Die Verwaltung möge geeignete Schritte ergreifen“. Das genügt.

Das Kollegium beschließt in diesem Sinne und tritt darauf in die Berathung der Tagesordnung ein.

Punkt 1: Fluchtlinienplan für das nördliche Ende der Peterstraße.

Beig. Dr. Bertram theilt mit, daß anläßlich eines Baugesuches des Herrn Schwartz in der Baukommission die Frage, welche schon mehrfach das Kollegium beschäftigt hat, wieder aufgeworfen worden sei, ob die Fluchtlinie der Peterstraße nicht so festgelegt werden könne, daß eine Breite erzielt werde, die für zwei Wagen neben einander hinreichen werde. Natürlich soll nicht jetzt sofort die Erbreiterung vorgenommen werden, sondern es soll nur der Fluchtlinienplan so festgelegt werden, daß in Zukunft bei Neubauten die Anlieger entsprechend zurückstehen. Es sei zu erwägen, ob nicht nach Einführung der elektrischen Straßenbahnlinien am Ostwall die Nothwendigkeit einer Ableitung des schweren Fuhrwerks durch die Peterstraße sich ergebe. Die Erbreiterung wäre durchschnittlich auf zwei Meter zu bemessen. Nun war aber die Mehrheit der Baukommission der Meinung, daß die Erbreiterung die beabsichtigte Wirkung aller Wahrscheinlichkeit nach nicht haben werde, da sich die Peterstraße wegen ihrer ganzen Anlage zur Aufnahme eines größeren Fuhrwerksverkehrs nicht eigne. Die Baukommission stehe drei Möglichkeiten der Erbreite ung vor, gibt aber die Entscheidung dem Kollegium anheim.

Stadtv. Leendertz tritt Namens seiner Fraktion für diejenige Möglichkeit ein, welche die geringere Aenderung in sich begreift und bemerkt, die späterhin vorzunehmende Weiterführung der Erbreiterung möge den Absatzeten selbst überlassen werden, die sich gegebenen Falls darüber zu einigen hätten, da ihre eigenen Interessen dabei stark in Frage kämen.

Beig Dr. Urfey ist auch der Meinung, daß die Peterstraße nicht geeignet sei, den Ostwall vom Lastfuhrverkehr in nennenswerther Weise zu entlasten. Redner möchte aber verhüten, daß man dem Kollegium nach 15 Jahren den Vorwurf mache, Ihm man demselben im Hinblick auf seine Beschlüsse vor 15 Jahren mit Bezug auf die Hochstraße jetzt mache. Er lege daher dem Kollegium einen Vermittlungsvorschlag vor, wonach den Anliegern aufgegeben werden soll, zurückzuspringen nur insoweit sie neu bauen. Man möge also von Fall zu Fall entscheiden und der Zukunft die weitere Gestaltung der Dinge überlassen. Darnach soll der Fluchtlinienplan die radikalere Erbreiterung vorsehen, für jetzt aber nur soweit festgestellt werden als er das Schwartz'sche Grundstück berührt.

Stadtv. Molenaar ist es warm für den Antrag Urfey ein, da sich das Kollegium in Folge dessen für die Zukunft in keiner Weise festlege, wie es in dem Antrage Leendertz geschehe. Mit dem Antrage Urfey sei allen Interessen gedient.

Nach einer weiteren Debatte, an der sich die Stadtv. Oetker, Hanpt, Otto, Leendertz, Molenaar und die Beigeordneten Dr. Bertram, Emil de Greiff und Dr Urfey betheiligten, wird der Antrag Urfey vom Kollegium mit erheblicher Majorität angenommen.

Stadtv. Otto bittet um Auskunft, warum die Baukommission dem Kollegium noch keine Vorlage wegen Erbreiterung der Hochstraße vorgelegt habe. Die gestellte Frist von 3 Wochen sei verstrichen.

Der Vorsitzende entgegnet, daß die Kommission trotz intensiver und eifriger Thätigkeit bei der Schwierigkeit der Sache noch zu keinem Beschluß habe gelangen können. In einer der nächsten Sitzungen werde die Vorlage erscheinen.

Punkt 2: Vorstährige Rechnung und nächstjährige Etat:

a. der Bürger-Mädchenschule,
b. der Stadtbäder,
c. des Leihhauses,
d. des Schlachthofes.

Zunächst wird auf Vorschlag des Vorsitzenden der Schlachthof vorgenommen.

Beig. Dr. Bertram legt die Rechnung für 1899 vor. Danach balanziren die Einnahmen und Ausgaben mit 204,099,43 M. gegen 191,057 M. im Voranschlag. An Zinsen aus dem Reservefonds sind angesetzt 2227 M. (1500). An Gebühren wurden gegen den Voranschlag erhoben: Schlachtgebühren 4800 M. mehr, Untersuchungsgebühren 2100 M mehr, Wiegegebühren 1800 M. mehr, Futtergebühren 1300 M. mehr, Kühlhausgebühren 1500 M. weniger, Pökelkellergebühren 3100 M. weniger, Fleischschaugebühren 3800 M. weniger, Trichinenschaugebühren 4600 M. mehr. In Folge dessen schließt der Titel ab mit 181,414.75 (174,745). Die verschiedenen Einnahmen beziffern sich auf 15,950 (14,813) M. Von den Ausgaben betragen die Verwaltungskosten 65,579 (64,488) M. Die Betriebs- und Unterhaltungskosten 26,438 (26,630.57). Die Erhöhung rührt daher, daß u. a. für Kessel-feuerung 2900 und für Gebäude-Unterhaltung in Folge einer Fußbodenerneuerung 4870 M. mehr aufgewendet werden mußten. Es besteht insgesammt zwischen den Einnahmen und Ausgaben eine Differenz von 1826 M., deren Deckung aus dem Reservefonds erfolgen soll. — Bei dieser Gelegenheit beklagt es der Redner, daß der neu erbaute Pökelkeller so schwach benutzt werde. Erst haben die Metzger der Verwaltung Vorwürfe gemacht, man stehe nicht auf der Höhe der Zeit. Nachdem aber die Neueinrichtungen getroffen seien, würden sie zu wenig benutzt. Redner appellirt an die Metzger, die Einrichtung nun auch zu benutzen, sodaß sie sich allenfalls rentire.

Stadtv. Hagemes bemerkt hierauf, der Pökelkeller sei nur 204 □m groß, davon seien 150 □m benutzt, also $^3/_4$ des Raumes. Da könne man doch nicht von schlechter Benutzung reden.

Beig. Dr. Bertram erinnert den Vorredner daran, daß noch ein Reservepökelkeller bestehe, den man wegen mangelnden Interesses der Metzger nicht in Benutzung geben könne. Der Pökelkeller sei dies Jahr noch weniger benutzt worden als voriges Jahr.

Das Kollegium ertheilt hierauf der Rechnungsablage einstimmig Decharge.

Uebergehend zur Erläuterung des Etats bittet Beig. Dr. Bertram das Kollegium prinzipiell darüber zu entscheiden, wie die Kostendeckung der eben vollendeten Neu- und Umbauten vorgenommen werden soll. Die Rechnung sei noch nicht vollständig abgeschlossen, indessen lasse sich jetzt schon übersehen, daß die Summe von 295,000 M. erreicht werde. Es handle sich um lauter bereits bewilligte Posten. Seinerzeit habe das Kollegium sich vorbehalten, wie weit es die Kosten durch Anleihe oder aus dem Reservefonds decken wolle. Redner macht folgenden von der Kommission gutgeheißenen Vorschlag: 78,000 M. aus dem Reservefonds zu entnehmen und die übrigen 217,000 M. aus einer Anleihe zu decken. Der Reservefonds, den wir behalten, wird sich dann auf rund 42,000 M. belaufen. Dann können 1750 M. als Zinsen des Reservefonds angesetzt werden.

Das Kollegium ist hiermit einverstanden.

Beig. Dr. Bertram fährt fort: An Gebühren sind angesetzt: Schlachtgebühren 88,000 M. gegen 86,500 M. im laufenden Jahre. Untersuchungsgebühren 11,000 M. (9000), Wiegegebühren 11,500 M. (9500), Futtergebühren 2400 M. (1600), Kühlhausgebühren 12,000 M. (12,000), Pökelkellergebühr 3500 M. (4900), Fleischschaugebühren 26,000 M. (28,000), Trichinenschaugebühren 31,000 M. (29,000). Der Titel schließt ab mit 188,750 M. (181,150). Redner kündigt an, daß die Verwaltung demnächst neue Vorschläge machen werde, wonach die Trichinenschaugebühren herabgemindert werden sollen, dafür aber andere Gebühren eingeführt werden, die letzteren namentlich für die Lagerung von auswärts eingebrachten Fleisches. Man nimmt für diesen neuen Posten zur nächst die Summe von 2200 M. an, dieselbe dürfte aber noch weit höher werden.

Der Vorsitzende bemerkt, hierüber werde dem Kollegium demnächst eine besondere Vorlage zugehen.

Beig. Dr. Bertram führt aus: Die verschiedenen Einnahmen sind mit 15,000 M. (13,081) angesetzt. Die Verwaltungskosten betragen insgesammt 68,161 M. (66,975), darunter 2000 M. mehr für Arbeitslöhne. Für Heizung sind 17,000 M. (12,000) berechnet. In dieser Summe enthalten sind je 1500 M für dies Jahr und für die zwei nächsten Jahre, die zum Ankauf eines Reservebestandes an Kohlen für 4 Wochen verwandt werden sollen. Die Betr ebs- und Unterhaltungskosten betragen insgesammt 34,503 M. (29,030). Zur Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals kommen 54,557 M. (52,884.37). Die Abführung von 8 Proz. des Anlagekapitals an die Stadtkasse ergibt 44,133 M. (42,664). Der Gesammttitel der verschiedenen Ausgaben schließt ab mit 47,278.48 M. (45,977.03). Die Einnahmen und Ausgaben balanziren mit 205,500 M. (196,467).

Stadtv. Hagemes bittet wegen der großen Ausgaben, welche der Schlachthof erfordere und demnächst noch erfordern werde, doch nicht 8 Proz. des Anlagekapitals auf die Stadtkasse zu übernehmen, sondern sich mit einem geringeren Satz zu begnügen. Die Schlachtgebühren erreichten bei uns ohnedies eine unerhörte Höhe. Düsseldorf stehe beispielsweise in dieser Beziehung viel besser da. Dort betrage die Schlachtgebühr für Ochsen 3 M. (bei uns 6 M.), für Kühe 1,50 M. (bei uns 4 M.), für Kinder 1,50 M. (bei uns 3 M.), für Schweine 1 M (bei uns 2 M.), für Kälber 0,10 M. (bei uns 1,50 M.) Die Metzger seien aber in Krefeld durch andererseitige Abgaben gerade genug belastet. Der Schlachthof sei kein Prostitutionsunternehmen, sondern dazu da, damit die Einwohner gesundes Fleisch erhalten. Man sollte sich darüber freuen, daß der Schlachthof sich selbst bezahlt, und nicht wie z. B. die Leihanstalt und das Stadtbad, noch erhebliche Zulagen erfordere.

Beig Dr. Bertram: Die Zulagen für die Leihanstalt sind freiwillig, damit der Zinsfuß nicht hinaufgesetzt zu werden brauchte. Die von Düsseldorf stirten Zahlen sind nur theilweise richtig. Düsseldorf hat, wie Redner in letzter Stunde erkundet, seinen Schlachtgebührentarif erhöht. Es erhebe jetzt für Ochsen M. 3.50, für Kühe M. 2.—, für Kinder M. 1.50, für Kälber M. 0.50, für Schweine M. 1.40. Das gebe doch zu denken. Uebrigens müsse man nicht eine einzige Stadt zum Vergleich heran ziehen, sondern mehrere. In Duisburg stehen die Gebühren durchschnittlich 1 M. höher als in Düsseldorf. Köln erhebe ebenfalls höhere Gebühren Im Jahre 1897 sei dort für Ochsen M. 5.—, für die Kuh M. 3.75 u. s w. an Schlachtgebühr bezahlt worden. Redner ist nicht in der Lage genaue und zuverlässige Angaben aus letzter Zeit machen zu können, glaubt aber, das Krefeld ganz sicher im Durchschnitt sich befinde.

Stadtv. v. Beckerath wendet sich gegen den Stadtv. Hagemes, indem er auf die großen Kosten hinweist, die für Neuanlagen im Interesse der Metzger auf dem Schlachthof entstanden seien, sich aber nicht, wie erwartet werden konnte, bezahlt machten. Mögen die Metzger hierin erst einmal Wandel schaffen.

Stadtv. Otto bittet, doch der Anregung des Stadtv. Hagemes vollste Beachtung zu schenken. Es habe sich nun doch herausgestellt, daß es so schwer gewesen sei, den Schlachthofetat in Balanze zu bringen, daß das Kollegium die Pflicht habe, der Kommission aufzugeben, nicht erst beim nächsten Etat, sondern jetzt schon in Balde den Gründen nachzuforschen, wieso die Herstellung der Balanze dem Schlachthofetat so viel Schwierigkeiten gemacht habe. Wenn dies geschehe, dann könne man für diesmal den Anträgen der Kommission zustimmen.

Stadtv. Molenaar hält es für nöthig, daß das ganze Finanzgebahren des Schlachthofes einer Prüfung untergogen werde. Vor allem möge man sich vorsehen, daß keine Ausgaben mehr gemacht würden, die unproduktiver Natur seien.

Nachdem Stadtv. Hagemes seinen Antrag zurückgezogen, genehmigt das Kollegium einstimmig den Etatvoranschlag.

Ueber die Bürgermädchenschule referirt der Vorsitzende.

Die Abrechnung für 1899 ergibt: Die Einnahmen und Ausgaben balanziren mit 44,010 M., das sind 4160 M weniger als im Etat vorgesehen. An Eintritts- und Schulgeld sind 1400 M. weniger vereinnahmt worden, der Zuschuß aus der Stadtkasse betrug 19,422 M., d. i. 78 M. weniger wie veranschlagt.

Der Etat für 1901 stellt sich wie folgt: Der Etat balancirt in Einnahmen und Ausgaben mit 46,100 M. gegen 47,400 M. im laufenden Jahr. Der städtische Zuschuß ist mit 19,110 M. angesetzt gegen 20,400 M. im laufenden Jahr Die Schulgeldeinnahmen beziffern sich auf 27,000 M. (26,500), die persönlichen Ausgaben auf 40,710 M (42,997.50), die sachlichen Ausgaben auf 5390 M. (4492.50).

Das Kollegium ertheilt der Rechnung Decharge und stimmt auch einhellig dem Etatvoranschlag zu.

Ueber die Stadtbäder referirt Beig. Dr. Bertram.

Die Rechnung des Stadtbades ist für 1899 ergibt: Die Balanze zwischen Einnahmen und Ausgaben beträgt 93,553 M. (veranschlagt waren 85,880 M.) Dazu kommt der Bestand aus dem Vorjahre, der im Anschlag sich nur auf 8380.39 M. belaufe, thatsächlich aber 23,102 M ergeben hat. Der Gesammt-Abschluß also beträgt 117,156 M. Für Schwimm-, Brausebäder ꝛc, sind 10,800 M mehr gegen den Voranschlag vereinnahmt worden, für Schwimmunterricht 800 M. weniger, zur Badezulagen 500 M. mehr, an vermischten Einnahmen 2100 M. mehr. Für die Einrichtung der Brausebäder sind 6000 M. erforderlich gewesen, welche in der Abrechnung nicht nur unter den Ausgabetiteln, sondern auch unter den Einnahmetiteln erscheinen, da die Summe aus dem Bestande des Stadtbades genommen worden ist. Die Ausgaben halten sich zumeist in den Grenzen der bisherigen Ziffern. Nur an Kohlen sind 2080 M. mehr ausgegeben worden, als veranschlagt war. Der Voranschlag hierfür betrug 19,250 M.

Der Etat für 1901 stellt sich wie folgt: Die Einnahmen und Ausgaben balanziren mit 87,497 M. gegen 90,600 M. im laufenden Etat. Dazu kommt der Bestand, wofür 23,602 M. (gegen 10,562.11 M. im laufenden Jahre) angesetzt sind. Dieser Anlaß ist natürlich nur als provisorisch zu betrachten, da man jetzt noch nicht wissen kann, wieviel im laufenden Jahre gut gemacht werden wird. Man hat jedenfalls damit zu rechnen, daß die Summe sich noch erhöht. An Einnahmen sind für Schwimm-, Brausebäder ꝛc. 68,000 M. (gegen 65,000 M. im laufenden Etat eingesetzt, für Schwimm-Unterricht 1900 (2100 M., $^1/_3$ hat der Titel I der Einnahmen mit 63,930 (67,130) M. abschließt. Für Badeanstalten sind 900 (700) M. angesetzt, für Aufbewahrung und Reinigung der Wäsche 8700 (7800) M., für Miethen 3518 (3018) M., an vermischten Einnahmen 949 (889.89) M. Von den Ausgaben betragen die Verwaltungskosten 31,265 (31,918) M., die Unterhaltung der Gebäude, Maschinen ꝛc. 11,000 (15,950) M., die Heizung und Beleuchtung 22,800 (22,850) M. Beschaffung von Badeutensilien ꝛc. 2000 (1600) M Vermischte Ausgaben 367,20 (414) M. Als Beitrag zur Verzinsung des Anlagekapitals sollen wie im Vorjahre 11,300 M. abgeführt werden. Der Gesammtabschluß stellt sich auf 107,800 M.

Der Etat des Stadtbads II schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit 12,530 M. (12,680 M. im laufenden Jahr) An Einnahmen für Wannenbäder sind 5450 M. (5000), für Brausebäder 7400 M. (7600) angesetzt. Die Arbeitslöhne stiegen von 3162 M. auf 3575 M., zur Verzinsung des Anlage-Kapitals kommen 3950 M. (3500).

Das Kollegium stimmt sowohl der Rechnungsablage wie der Etatsaufstellung für die Stadtbäder einstimmig zu.

Ueber die Städt. Leihanstalt referirt Beigeordneter Dr. Bertram.

Die Abrechnung ergibt, daß der städtische Zuschuß gegen den Etatsvoranschlag sich um 1208,20 M. erhöhte. — Im neuen Etat sind 1420 M. (gegen 1040 M. im laufenden Jahr) als Zuschuß der Stadt angesetzt. Der Etat balanzirt in Einnahme und Ausgabe mit 139,220 M. (138,770).

Das Kollegium ertheilt der Rechnungsablage und dem Etatsvoranschlag einhellig die Zustimmung.

Die Sitzung schließt um 8.10 Uhr.

In der geheimen Sitzung wurde zunächst eine Personal-Position des Schlachthof-Etats erledigt. Dann folgte eine Hypothekar-Angelegenheit; darnach wurde die definitive Anstellung des Bureaugehülfen Marcks und die Pensionirung des Polizeisergeanten Kiersmann genehmigt.

Wetternachrichten.

(Eigener Drahtbericht der „Niederrh. Volksztg.“)

= **Hamburg**, 23. Nov. Ein Maximum liegt über Nordosteuropa, eine Depression über Westeuropa, unter 748 mm über Westirland. In Deutschland ist es ruhig und meist mild, im Süden heiter, sonst trüb. Vorwiegend trübes, mildes Wetter zunächst wahrscheinlich, im Nordwesten Regen.

Handel und Verkehr.

Berlin, 22. November 1900.

Wechselkurse.

Wien	8 Tage	84.85 B	Kopenhagen	8 Tage	112.10 B
	2 Monate	84.25 B	Petersburg	8 Tage	215.75 B
Madrid	14 Tage	81.30 B		3 Monate	213.10 B
	60 Tage	—	Warschau	8 Tage	215.90 B

Weitere Wechselpreise siehe Börsen-Telegramm in der gestrigen Abend-Ausgabe.

Fonds und Staatspapiere.

D. Reichs-Schatz 1900	4	100.90 B	Siemens bo. IV. V.	4½	00.00
Deutsch. Reichs-Anl.	3½	94.75 B	do. 1898	4½	90.00 B
do. do.	3	84.75 B	Städt. Stadtanl. 94	4	90.70 B
do. do.	3	87.00 B	do. do. 96 97	4	90.70 B
Preuß. Kons. Anl.	4	94.70 B	Rheinprov. Obligs.	4	92.10 B
do. do.	3½	94.75 B	do. V. VII.	4	92.10 B
do. do.	3	86.75 B	do. X. XII-XVII.	4	92.10 B
Barm. Stadt-Anl.	4	99.75 B	do. IX. XI. u. XIV.	4	82.50 B
Krefeld. „ 1900	4	00.00	do. XVIII.	4	89.00 B
Düsseld. Stadtl. 76	4½	94.00 B	do. XIX. unk. 1905	4	92.10 B
do. bo. 86 90 94	4	00.00	do. XXI.	4	100.20 B
Duisburg 92, 95, 99	4	00.00	Oesterr. Gold-Rente	4	97.80 B
do. von 1900	4	00.00	do. Pap.-Rente	4	00.00
Elberf. Stadt-Obligs.	4	99.50 B	do. Silb.-Rente	4	97.40 B

Ausländische Wechselpreise.

• Antwerpen, 22. Nov. Deutsche Bankplätze f 122.95, London f 0.00, Scheck London, Mittelkurs 25.15 18/16, Paris 109.15 B, 100 27/16 Pr. Auszahlung Deutschland (vorherh. Gew.) 122.95, Deutsche Banknoten 123.10. Privat-Wechseldiskont 3¾ Proz.

• Amsterdam, 22. Nov. Wechsel, Paris (Scheck 48.07½, f 48.05, Reichsbanknoten 58.95, Preußische Bankanweisungen 58.95 B 58.85, Petersburg 3 M. 125.00.

• Wien, 22. Nov. Deutsche Plätze 117.78, Marknoten 117.78.

• Rom, 22. Nov. Wechsel auf Berlin 129.95.

• Mailand, 22. Nov. Wechsel auf deutsche Plätze lang. 129.90, auf Paris lang 105.77½.

• Paris, 22. Nov. Deutsche Plätze 121½.

• Lissabon, 22. Nov. Wechsel Paris 760, Gold-Aufgeld 38.50.

• Petersburg, 22. Nov. Wechsel auf London 3 Monate 93.65, Paris 3 Monat 37.37½, Berlin 3 Monat 45.77½, Scheck Berlin 46.30, Petersburg 24½, Paris 25.32½, Deutsche Bankplätze 20.69, Wien 12.40.

J. Frank & Cie.

Telephon 562. **Krefeld**, 23. Nov. 1900.

Franko Provision:

			Geber	Nehmer		Nehmer
London	Bkr.	t. S.	20.44	20.40	Napoleond'or	16.25
Paris	Fcr.	100 t. S.	81.50	81.20	Souverign	20.40
Belg. Plätze	„	100 t. S.	81.50	81.20	amerik. Gold	4.18
Schweiz „	„	100 t. S.	81.20	80.90	Noten	4.18
Italien „	Lire	100 t. S.	—	—	französische	81.20
Holland „	fl.	100 t. S.	169.35	168.95	belgische „	81.10
					holländ. „	169.10
					österreich. „	84.75

An- und Verkauf von Staatspapieren.

Ausführung von Börsen-Aufträgen zu Originalbedingungen der Berliner und Frankfurter Börsen.

Wir geben die **meisten** Pfandbriefe zum Berl. Kurse **netto.**

Unentgeltliche Einlösung von Kupons u. Dividendenscheinen.

Unentgeltliche Kontrolle sämmtlicher verloosbarer Effekten.

Sofortige Auszahlung aller Checks.

An- und Verkauf von Wechseln auf alle europäischen und überseeischen Plätze.

Bereitwillige Auskunft-Ertheilung über das Bankfach betreffende Fragen. — Geldwechsel.

Seide.

• **Krefeld**, 22. Nov. Bericht der Seidentrocknungs-Anstalt. Es sind heute zur Konditionirung gekommen: 33 Krs. 2146 Bllgr. Baum l. — M. Nov. 511 Krs. 35.249 Bllgr. Total: 544 Krs. 37.395 Bllgr. Trame 9 Nr. 876 Pfd., Organsin 5 Nr. 415 Pfd. Total: 21 Nr. 2027 Bllgr.

Frucht- und Viktualienmärkte.

• **Dortmund**, 22. Nov. Städtischer Markt. (Nicht amtlich.) Es wurde ergelt: Weizen, weiß 16.00 16.25 Doctm., fremd 17.75 18.50 M. Duisburg: Roggen weiß 14.75-15.25 Doctm., fremder 15.25-15.60 Duisburg: Hafer weiß 0.00 Doctm. 13.50 15.00 Duisburg; dunkel-farbig 12.50 bis 12.75 Duisburg; Rüb-en 12.10 12.25 M. Am heutigen Markte war Mangel an Zufuhr bei schwachem Besuch. Umsätze ohne Belang.

GAOL. Hamburg, 22. Nov. Futtermittelmarkt. Das Futtermittelgeschäft war in heute Berichtswoche recht schleppend, auf Palmkuchen und Kraftfuttermehl machten eine Ausnahme davon, indem diese beiden Artikel schärfer begehrt waren als in der Vorwoche. Baumwollsaatmehl hingegen war auf Ablauf von amerikanischen Ofen Notirungen weiter ermäßigten Preisen verkäuflich. Die Tendenz ist Mais 5.15 5.35 ab Hamburg, 24 28% Soja- und Erdnußkuchen 4.25 4.80 ab Hamburg, Weizenkleie 3.00 bis 3.40 ab Hamburg, 0.00 0.00 ab Stettin, gebrochene Weizenkleie 5.50 5.75 ab B., grobkörnige Weizenkleie 6.— ab B., Roggenkleie 4.95 5.30 ab B., Weizenfuttermehl 6.25 6.70 ab B. 53 58% Palmkernkuchen 6.75 7.50 ab B., 52-54% Baumwollsaatmehl 5.50 5.75 ab B., 52 58% Cocosnußkuchen 6.15 6.60 ab B., 58 62% 6.50 7.00 ab B., Sojakuchenkuchen und -Mehle 5.70 6.80 ab B., 22 28% Fett und Proteïn 5.40 5.60 ab B., Leinkuchen 5.60 6.00 ab B., Mais, amerik. roher verzollt 5.75 6.00 ab B., Mais-Futtermehl 4.80 5.00 ab B., Weizenfuttermehl 4.50 4.80 ab B., Weizenkleie 5.25 5.75 ab B., Reis-Futtermehl 4.50 4.90 ab B. Alles per 50 Kilo.

• New-York, 22. Nov. Waaren-Schlußpreise.

	21.	22.		21.	22.
Kother Winterweizen	78¾	78¾	Mehl (Spr. clears)	2,80	2,80
Weizen November	77¾	77¾	Zucker, fair ref. Mc.	3¾	3¾
„ Dezember	77¾	77¾	Petroleum		
„ Mai	80¾	81	„ roher (Bark.)	8.55	8.55
Mais November	80¾	80¾	„ Stand. wh.	7.20	7.25
„ Dezember	—	—	„ Philadelphia	7.20	7.20
„ Mai	43¾	44¼	Pipe l. Kredit	7.05	7.05
	42½	42¾	Getreidefracht	105	105

Weizen eröffnete heute, ging dann auf ungünstige Ernteberichte aus Argentinien und bessere Kabelmeldungen an, schwächte sich jedoch auf Verkäufe der Bauherren und der Bessiften ab, befestigte sich später wieder auf reichliche Käufe.

Meteor. Station Krefeld (Egl. Fürbereischule) 23. Nov.

Datum.	Uhrzeit	Temperatur			Wind.		Regenmenge
		Celsius	Maximum	Minimum	Richtung	Stärke	
750	88	10	—	6	S	2	
753	89	10	—	6	S	2	
754	89	10	—	6	S	2	
755	95	9	—	3	S	2	

Temperatur-Minimum in vergangener Nacht 3° Cels. 2° Reaum.

Die Beobachtungen beziehen sich auf die letzten 7 Uhr Morgens, 2 Uhr Nachmittags, 9 Uhr Abends des vorhergehenden und 7 Uhr Morgens des letzten Tages.

Weitere Handelsnachrichten siehe Beilage.

Für den Inseraten- und Reclamentheil verantwortlich: J. Keller.

Hierzu eine **Beilage** und Nr. **43** der **Volkswirthschaftlichen Beilage** Organ des Krefelder Bürger- und Hausbesitzervereins.

Das erste und das zweite Blatt der Sonntagsnummer und Nro. 27 des „Familienfreundes“ bilden die nächste Ausgabe der „Niederrheinischen Volkszeitung“.

Bekanntmachung.

In Ausführung der Ziffer I der ministeriellen Vorschrift vom 16. Januar 1892, **betreffend die Entwerthung von Beitragsmarken**, habe ich angeordnet, daß bei der **Markenentwerthung:**

1.	die Ortskrankenkasse der	Handwerker	die Ziffer 1
2.	„	„ Fabrikarb.	„ 2
3.	„	„ Weber und Wirker	„ 3
4.	„	„ Binder ꝛc.	„ 4
5.	„	„ Färber	„ 5
6.	„	„ Appreteure ꝛc.	„ 6
7.	„ Krankenkasse der	Tischler-Innung	„ 7
8.	„ „	Fleischer-Innung	„ 8
9.	„ „	Bäcker-Innung	„ 9
10.	„ „	Schuhmacher-Innung	„ 10
11.	„ „	Maler- u. Anstreicher-Innung	„ 11
12.	„ „	Schneider-Innung	„ 12
13.	„ „	Schlosser-Innung	„ 13
14.	„ „	freien Handwerker	„ 14
15.	Betriebskrankenkasse d.	Firma C. & H. v. Beckerath	„ 15
16.	„	„ Bitter & Gobbers	„ 16
17.	„	„ H. von Bruk Söhne	„ 17
18.	„	„ F. J. Dautzenberg jr.	„ 18
19.	„	„ H. W. Deussen	„ 19
20.	„	„ F. Gbeling & Co.	„ 20
21.	„	„ Guyer & Pitters	„ 21
22.	„	„ M. de Greiff & Co.	„ 22
23.	„	„ Gustav Jacobien	„ 23
24.	„	„ Herm. Eug. Jacobs	„ 24
25.	„	„ Gebr. Junkers	„ 25
26.	„	„ J. H. Klein sche Buchdr.	„ 26
27.	„	„ Firma Karl Königs & Co.	„ 27
28.	„	„ Gust. Königsberger & Co.	„ 28
29.	„	„ C. A. Kottgen	„ 29
30.	„	„ Krahnen & Gobbers	„ 30
31.	„	„ Kramer & Bamm	„ 31
32.	„	„ Krefelder Eisenbahngesellsch.	„ 32
33.	„	„ „ Seidenfärb. A. G.	„ 33
34.	„	„ „ Straßenbahn A. G.	„ 34
35.	„	„ Firma Mottau & Leendertz	„ 35
36.	„	„ Peltzer Gebr.	„ 36
37.	„	„ Pollenus & Lingenberg	„ 37
38.	„	„ Joh. Schäfer Söhne	„ 38
39.	„	„ Scheiblet & Co.	„ 39
40.	„	„ Rud. Schellecks & Co.	„ 40
41.	„	„ Schopen & ter Meer	„ 41
42.	„	„ Herm. Schroers	„ 42
43.	„	„ H. Stroucken	„ 43
44.	„	„ Wilhelm Wefers	„ 44
45.	„	„ Witten & Breitter	„ 45
46.	„	„ H. Zohlen Söhne	„ 46
47.	„	„ H. W. Oberdörfter	„ 47

zu führen hat.

Krefeld, den 22. November 1900.

Der Oberbürgermeister.



Neusserstr. 52 **Heinr. Giesen** Neusserstr. 52

(gegründet 1873)

empfiehlt zu **Nikolaus-** und **Weihnachts-Geschenken** sein grossartiges Lager in

Juwelen, Gold-, Silber- u. Alfénidewaaren, Uhren u. optischen Artikeln.

Dasselbe bietet die denkbar grösste Auswahl von den einfachsten billigsten **Uhren** und **Schmucksachen** bis zum hochfeinsten **Brillantschmuck.**

Nur gediegene prachtvolle Neuheiten!

Riesige Auswahl! **Billigste Preise!**

Grösstes Geschäft dieser Art am Platze.

Man beachte die Weihnachts-Dekoration in meinen Schaufenstern.

1278

Die Eröffnung meiner grossen

Weihnachts-Ausstellung

zeige ich hierdurch ergebenst an und lade zur Besichtigung derselben höflichst ein. Bitte meine Schaufenster-Dekoration zu beachten.

A. Fresser.

Teppich- und Linoleum-Geschäft

Größtes Lager in unübertroffener Auswahl.

Gardinen,
Tüll — Spachtel — Oere, neueste Dessins in allen Preislagen.

Portièren,
— gestreift und bestickt — in Wolle, Plüsch und Tuch.

Reise-, Tisch- und Divan-Deken
in allen Größen und Preislagen.

109 Königstraße

C. A. Jansen

Königstraße 109

Wirklicher **Gelegenheitskauf**
zu bedeutend herabgesetzten Preisen:
Großer Posten **Ziegen- und Angora-Felle**
in allen Farben.
Bettvorlagen, abgepaßte.
Teppiche
in all. Qualitäten u. neuest. Dessins von 135×200 cm bis 300×400 cm.
Teppiche am Stück
— Brüssel — Woll — Jute und Cocos.
Cocos-Läufer u. -Matten.

Zu beachten:

Linoleum-Läufer
70, 80 und 90 cm breit.

en gros **Linoleum** en détail.
Sämmtliche Fabrikate in unübertroffener Auswahl.
200 cm breit
Granit Ia und IIa Qualität, Inlaid Blumen und Parquette-Muster.
Unverwüstlich! Durch und durch gemustert.

Linoleum-Matten
45×45, 45×60, 70×90, 70×115 cm breit.

Photographie.

Zum bevorstehenden

Weihnachts-Feste

bringe mein Atelier in empfehlende Erinnerung und bitte Aufträge, speziell Vergrößerungen, welche als Festgeschenke bestimmt sind, baldigst.
Gleichzeitig mache auf mein neueingerichtetes

Kunstlicht-Atelier

aufmerksam, ganz besonders für die kurzen Tage der Wintermonate zu empfehlen, und sind die in diesem Atelier gemachten Aufnahmen, was Güte und Schönheit anbetrifft, von denen mit Tageslicht angefertigten nicht zu unterscheiden, übertreffen dieselben sogar in mancher Beziehung.

Aufnahme mit künstlichem Licht bis Abends 7 Uhr.

Jac. Uebach,
Photograph,
Neußerstraße 61, gegenüber dem Stadtbad.

Riessner Oefen



mit Sicherheits-Regulator D. R.-P.
Beliebteste Dauerbrandheizung.
Solid, sparsam, bequem.
Gesunde Zimmerluft. Moderne Formen, reiche Auswahl jeder Preislage.
Durch Epochemachende Patente verbesserte Systeme.
Ca. existiren Nachahmungen, daher ausdrücklich
Riessner-Oefen
verlangen.

Fabrik-Niederlage: Gebr. Ruhland, Ostwall 208.

Stadt-Theater.

Freitag, den 23. November 1900:
47. Abdn.-Vorstlg. (Blau).
3. Molière-Abend.
Der Geizige.
Lustspiel von Jean Bapt. Molière
Harpagon —
— — Dir. Amt. Otto.
Hierauf:
Neuheit. Neuheit.
Unter vier Augen.
Lustspiel von Ludw. Fulda.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
Samstag, den 24. Nov. 1900:
Geschlossen.

Kaiser-Panorama

Rheinstr. 136, nahe Dionysiuskirche
Eine neue malerische Reise durch
Süd-Tyrol.

V. C. E.

Heute Abend
½9 Uhr. 7584

Kath. Lehrer-Verein

zu Krefeld.
Die Liste zur Anmeldung für die Witwen- u. Waisenkasse wird mit dem 25. November dss. Js. geschlossen. 7505

Schwer Kranke

finden selbst in verzweifelten Fällen noch Hilfe durch meinen heilkräftigen Magnetismus und Hydropathie. 7589
Ein Versuch genügt.
H. Fiorack
Roßstr. 172, geg. d. Kirche.
Sprechstunden 8½—11, 3—5.

Ein in der günstigsten Lage Viersens befindliches altes

Wohn- und Geschäftshaus

ist Sterbefalles halber zu kaufen.
Off. erbeten unt. C. E. 727 an die Geschäftst. d. Bl.

Haus

Ostwall 161
zu verkaufen.
Näheres im Hause selbst. 3943

Haus in guter Lage, mit Kaufrecht zu miethen gesucht. Off. u. V. D. 7607 a. d. Geschäftst. d. Bl.

Ackerhof zu pachten.

Ein in der Gemeinde **Breyell** gelegener **Ackerhof**, ca. 40—45 Morgen Ackerland nebst Wiesen und Holzung per Herbst 1901 stoppelblos zu verpachten. Land u. Oekonomiegebäulichkeiten in bestem Zustande. 7454
Näheres bei
Schmitz, Rechtskonsulent,
Lobberich

Villa.

Eine halbe Stunde von der Stadt gelegene **prachtvolle Villa** mit schönem Obst- und Gemüsegarten, gesunde Lage, weil in unmittelbarer Nähe herrlicher Wald vorhanden, ist **zu verkaufen.**
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes. 7601

Ein Brautpaar sucht
auf Mai nächsten Jahres
eine Etage
von **4—5 Räumen**
in der Nähe des Albrechtsplatzes **zu miethen.**
Offert. mit Preisangabe unter M. S. 7598 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Wer schnell u. billig Stellung will verlange per Postkarte die Deutsche Vakanzenpost, Eßlingen

Kleiner Laden

im Mittelpunkte der Stadt halben Mai zu miethen gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle Blatt 46. 7594

Wohnung

von 4 durchgehenden Zimmern mit oder ohne Speicherzimmer in der Nähe der Rheinstr. und Ostwall, auf halben Mai k. J. in stille Familie zu vermiethen. Offert. unter R. 7547 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein Beamter sucht Kost u. Wohnung
im südlichen Theile der Stadt Offerten sofort erbeten unter Z. B. 7603 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ordentlicher unverheiratheter

Heizer,

der zugleich die Maschine bedienen muß, **gesucht.**
Brauerei Henrichs, Neersen.
7592

2 erfahr. Sattler u. Polsterergehülfen
gesucht Fischelnerstr. 36. 7581

Ein tüchtiger
Kupferschmiede- oder Klempnergeselle
für dauernde Arbeit gesucht.
Goch. 7556 **H. Poell.**

Tüchtiger
durchaus selbstständiger
Destillateur
welcher auch lange Jahre gereist, wünscht Stelle.
Offerten unter B. K. 7588 a. d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Braves properes katholisches
Mädchen
in kleiner Haushaltung gesucht. 7554 Näh. Gladbacherstr. 19.

Nach Viersen ein Mädchen
zur Erlernung der Haushaltung und besseren Küche ohne gegenseitige Vergütung gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes. 7606

Ein tüchtiger Schweizer mit guten Zeugnissen **sucht Stelle.** 7595
Frau Fanger, St. Tönis.

Eine echte italienische
Meistergeige,
eine feine alte ungar. Geige, sehr preiswürdig zum Verkauf
H. Schreyer,
Rheinstr. 68. 7590

Säulen,

Fenster und anderen Bauguß
liefert schnell und preiswerth
Niederrheinisches Eisenwerk, Dülken.
Spezialität:
Roststäbe mit Stahlbahn.

Mehrere solide volltönende
Pianinos
gebe ich, um damit zu räumen, zu jedem annehmbaren Preis gegen Kassa ab. Reiche Auswahl
Stephan Hain,
Wilhelmstraße 11. 7435

Ein junges besseres katholisches
Mädchen
am liebsten von Auswärts, wird zu 3 Kindern von 5—8 Jahren auf gleich gesucht.
Offerten unter A. M. 7597 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.



Leichter herrschaftlicher
Landauer
zu verkaufen.
Cleve, Linden-Allee 15. 7555

Ein guterhaltenes
Pianino
zu kaufen gesucht.
Offerten unter J. K. 7526 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Kupfer- und Stahlstiche
sowie **Bilder aller Art** mit und ohne Rahmen empfiehlt die Kunsthandlung und Rahmen-Fabrik von
J. Greven,
Krefeld, Hochstraße 52.
Telephon-Nr. 584.

Pianinos

Estey Co., New-York.
Harmoniums
Mason & Hamlin, Boston,
und amerik. Fabrikate allerersten Ranges, von großartigem Ton.
Alleiniger Verkauf bei
H. Schreyer, Rheinstr. 68

Von 3 Pferden
zu jedem Gebrauche geeignet) weil überzählig eins zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl. 7564



Feuerfeste und diebessichere
Geldschränke
zu äußerst billig. Preisen.
Anfertigung nach jeder Angabe und Größe
Carl Nellen, Karlsplatz 20

Pumpernickel,
echten westfälischen, pfundweise fein geschnitten.
H. Winschuh,
Königstraße 126.

Am 12. d. Mts. ist in Krefeld
eine goldene Brille gefunden worden.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes. 7602

Fahrplan

der
Niederländischen
Dampfschiff-Rhederei.
Station Uerdingen.
Vom 1. Oktober 1900 ab:
Zu Berg: Täglich Vormittags gegen 8 Uhr nach Düsseldorf—Mannheim.
Zu Thal: An Wochentagen täglich Morgens ca. 9 Uhr nach Nymwegen und Rotterdam.
Passagierpreis für Zwischendeck von Rotterdam nach New-York 130 Mark.
Güter werden prompt befördert durch die Agentur Uerdingen. **Theod. Münckers.**

Heinr. Giesen,

Neusserstr. 52, gegr. 1873, Neusserstr. 52,
empfiehlt sein grosses Lager in
Juwelen, Gold- und Silberwaaren, Uhren und optische Artikel.
Nur prachtvolle gediegene Neuheiten.
Billigste Preise. Riesige Auswahl.
Spezialität:
Anfertigung von Schmucksachen nach Angabe und Zeichnung.

Thüringer Brüh-Würstchen

Paar 15 Pfg.
Carl Altgelt Gustav Sohn,
Ostwall 76. 7354 Nordstraße 23.

Lohnauszahlungs-Bescheinigungen
für **minderjährige Arbeiter**
sind zu haben in der
Geschäftsstelle der „Niederrheinische Volkszeitung"



Plasmon

für Kranke, Rekonvaleszenten und schwächliche Personen, auch für stillende Frauen das hervorragendste
Nähr- u. Kräftigungsmittel
Von den hervorragendsten ärztl. Autoritäten empfohlen und in zahlreichen staatlichen, städt. und privaten Kranken-Anstalten dauernd eingeführt.
Erhältlich in Packeten von 60 Pfg. an in Apotheken und Drogen-Geschäften.

Schon in wenigen Tagen Ziehung!

Wohlthätigkeits-Lotterie zu Heidhausen.
5000 Gewinne, darunter 1. Gewinn: 1 Zimmer-Einrichtung, ferner Fahrräder, Nähmaschinen, Oefen, Silberwaaren 2c. Da der Loos-Vorrath nur noch ein geringer ist, wird baldiger Ankauf empfohlen.
Loose à 50 Pfg., **11 Loose 5 Mark.**
Die Verloosung wurde auf den 26. Nov. festgesetzt.
Das Verloosungs-Komitee.
Loose sind zu haben bei **Jean Angerhausen,** Hochstraße, **H. Greuzberg,** Hochstraße, und **H. Schmitz,** Hochstraße, **F. Wiescher** und **F. Ponzelar.** 7470

Als Geschenke empfiehlt **Tuben-Kasten** und **Farb-Kasten** in allen Preislagen.
J. L. Prinzenberg
Breitestr. 61—63.

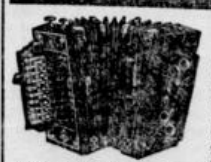
Lohn-Auszahlungs-Bescheinigungen
für
minderjährige Arbeiter
sind zu haben
in der Geschäftsstelle der
„Niederrh. Volksztg.",
Friedrichstraße 41.

Miethvertrag-Büchelchen,

nach den Bestimmungen des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches abgefaßt, sind vorräthig in der
Geschäftsstelle der „Niederrheinische Volksztg."
und des
„Krefelder Stadt-Anzeiger".
Friedrichstr. 41. Fernsprecher 354.

Math. Brocker's Buchhandlung

empfiehlt große Auswahl in
Bilderbüchern, Jugendschriften, Modellirbogen 2c.
Gebet- und Gesangbücher, Lederwaaren,
Briefpapier in Kassetten,
Tischläufer, feine Tisch- und Menukarten,
Zeichenbretter, Reißzeuge, sämmtliche Schreibwaaren.
Telephon 514. Hochstraße 100.



G. R. Meinel,
Klingenthal, 118,
verf. geg. Nachn. seine unübertroff. prachtv. Konzert-Ziehharmonikas.

10 Tast.,	2 Reg.,	doppeltön.	M. 5.—
10 „	3 „	„	„ 7.50
10 „	6 „	3chörig	„ 9.50
21 „	4 „	doppeltön.	„ 15.—
21 „	4 „	„	„ 21.—
21 „	6 „	3chörig	„ 27.—

Großartig illustrirte Preisliste über alle Musik-Instrumente gratis und franko. 5488

Bezugs-Preis: Täglich 2 Ausgaben (Mittags- und Abends). Sonntags 1—2 Blätter und Beilagen, im Stadtbezirk vierteljährl. M. 2.10, monatl. 70 Pfg. bei der Post vierteljährl. M 2.25. Sonntags-Ausgabe im Stadtbezirk vierteljährl. 25 Pfg., bei der Post M. 1. Gratis: mdl. Unterhaltungs-Beilage und Volkswirthschaftliche Beilage, monatl. 1ter: Beilage „Bücher-markt". täglige Gratisprobe auf Wunsch.

Niederrheinische Volkszeitung.

Anzeigen-Preis: Die 5spalt. Petitzeile im Hauptverbreitungskreise 15 Pf. bei einmaliger Grosse-Aufnahme in den „Krefelder Stadt-Anzeiger", ausserhalb d. Hauptverbreitungskreises 20 Pf.; bei Wiederholungen Rabatt. Beilage-Gebühren pro 1000 M. u. Reklame-Zeile 50 Pf. Offerten-Provision 25 Pf. Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 46. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Krefeld. Fernsprecher 356.

Verantwortliche Redakteure: Für den politischen Theil: Paul Loech; für die übrigen redaktionellen Theile: Ernst Steinhäuser. * Beiträge wolle man an die Redaktion, nicht an die einzelnen Redakteure senden.
Rotationsdruck und Verlag der J. B. Klein'schen Buchdruckerei, M. Buscher.

Nr. 690. (Mittag-Ausgabe.) Krefeld, Freitag, den 23. November 1900 (Clemens). (Zweites Blatt.) 52. Jahrgang.

17)

Die kleine Kapelle.

Preisgekrönte Novelle von A. de Boisseux.

„Nun, meine Herren", rief aus dem Hintergrunde einer der Bierbrauer, der eine wichtige Persönlichkeit sein mußte, nach der Art und Weise zu urtheilen, wie Herr Panderfull ihn beim Eintreten begrüßt hatte, „mir liegt nichts an Ihrem Feste, aber man hat doch auch sein Selbstgefühl und es ist unangenehm, selbst einen Ball zu geben und nicht dazu eingeladen zu sein; denn schließlich wird doch das Fest auf dem Rathhause gegeben und was ist das Rathhaus anderes, als unser eigenes Haus."

„Gewiß", antwortete der Apotheker lebhaft. „Gewiß, gewiß, man hat revoltirt, man hat die neue Regierung eingesetzt, man sorgt dafür, daß sie bestehen kann — wenigstens bis jetzt noch — da ist es doch gewiß gerechtfertigt, daß uns auch etwas davon zu gute kommt."

„Jedenfalls", erwiderte der Thierarzt, „muß man doch zunächst an die Bewohner des Rathhaus-Viertels denken. Man versperrt ihnen die Straßen, macht sie taub vor Lärm, ladet sie ein, ihre Fenster zu illuminiren, — nach der Arbeit der Gewinn, sagt ein altes Sprüchwort."

„Und alle die Vorbereitungen, die unter unsern Augen vor sich gehen", sagte ein Bierbrauer, „müssen doch nothwendiger Weise unsern Frauen und Töchtern den sehr natürlichen Wunsch einflößen, dem Feste beizuwohnen."

Von neuem erklang die sanfte Flötenstimme: „Sehr natürlicher Wunsch, ganz gewiß, und um so viel lebhafter, als nicht Jedermann eine Einladung zu theil wird."

Eine Einladung! Das Wort wurde aufgegriffen von einem im mittlern Alter stehenden Manne, der eben ganz bescheiden eintrat. Er war ganz schwarz gekleidet, trug auf dem Kopfe einen großen, breitkrämpigen Hut, eine runde Brille auf der großen Nase, hatte ein glatt rasirtes Gesicht und eine schleppende, fast gelehrt klingende Stimme.

Dem Aussehen nach konnte er ein Professor, ein Schriftsteller oder irgend ein anderer Gelehrter sein . . . in Wirklichkeit war er der erste Sekretär für die direkten Steuern.

„Eine Einladung! . . . Ich errathe, wovon Sie sprechen . . . von dem Feste . . . dem berühmten Feste", sagte er den Kopf schüttelnd und das Gesicht in sonderbare Falten legend.

„Ah, ah", sagte Herr Bucolet, „Sie warten auch auf Ihre Einladung?"

„Ganz im Gegentheil", meine Herren.

„Wieso: ganz im Gegentheil?"

„Ich habe sie bereits erhalten!"

„Ach so! Und nun?"

„Ich bin wüthend!"

„Warum denn?"

„Du lieber Himmel, das ist doch sehr einfach: wenn ich nicht hingehe auf dieses . . . . Fest — und er schnitt abermals eine Grimasse —, so wird meine Abwesenheit von meinen Obern bemerkt und man beschuldigt mich der Opposition; gehe ich hin, so muß ich Toilette machen, was mir sehr unangenehm ist und komme erst um 1 Uhr Morgens zu Bett und das bringt mir Kopfschmerzen."

Nun ließ sich die süße Stimme von neuem vernehmen: „Tot capita, tot sensus!" murmelte sie.

„Was sagten Sie?" fragte Herr Bombonance.

„Ich sagte, was dem einen Freude macht."

„Ich verstehe Sie, Herr Camériche. Wissen Sie, daß Sie ein großer Philosoph sind?"

„Mir sehr schmeichelhaft."

* * *

Der Abend schritt vor. Jetzt waren fast alle Stammgäste erschienen und Casimir, der bemerkte, daß die Unterhaltung weniger lebhaft wurde, brachte die Dominospiele und breitete sie auf den Tischen aus. Das war das gewohnte Signal. Alle schwiegen und die Spieler rückten näher zusammen.

„Thun Sie mit, Herr Panderfull?"

„Ich danke Ihnen, ich habe zu schreiben", antwortete dieser.

Die einzelnen Partien fanden sich zusammen und bald hörte man nichts weiter, als die Stimme des Marqueurs, der die Points: 9, 7, 2 . . . doppelt-sechs, doppelt-blank, feierlich verkündigte und notirte, das trockene Geräusch der Dominosteine auf den Eichentischen, die überraschten, befriedigten oder bedauernden Ausrufe der Mitspielenden und den beschleunigten Schritt Casimirs und Desiderius, die vollauf damit zu thun hatten, die leer werdenden Bierkrüge durch volle zu ersetzen.

In einer Ecke des Saales plauderten einige Unbeschäftigte und das dumpfe Gemurmel, das ihre Gegenwart verrieth, legte zu gleicher Zeit Zeugniß dafür ab, wie sehr sie bemüht waren, die wichtigen Spiele nicht zu stören, denen die Theilnehmenden fast den gleichen Eifer widmeten, wie dem sonntäglichen Scheibenschießen, wenn sie den Bogen in der Hand sich die hundertjährigen Preise, die Rose der Infantin Isabella oder den Kelch Karls des Kühnen streitig machten.

Hier und da saßen einige Zeitungsleser.

Herr Panderfull war in nicht geringer Aufregung. Zuerst war er stehen geblieben und folgte mit zerstreuten Blicken dem einen oder andern Dominospiele, aber es fing schon an, spät zu werden und so suchte er der Frau Marcollier näher zu kommen, setzte sich schließlich nieder und that, als wolle er schreiben, in Wirklichkeit jedoch wartete er nur auf den günstigsten Augenblick, die schon lange vorbedachte Unterhaltung mit ihr zu beginnen.

Die Gelegenheit dazu gab sie ihm selbst und sie benutzte dazu einen Moment, wo der Schreiber, die Feder in der Hand haltend, seine Gedanken an der Saaldecke abzulesen schien.

„Sie sitzen hier sehr schlecht, Herr Panderfull; das Geräusch um Sie her muß Sie stören. Wollen Sie nicht hier in mein Kabinet eintreten? Wenn es Sie nicht genirt, könnte ich gleichzeitig daselbst meine heutige Abrechnung vornehmen."

„Gerne, sehr gerne, liebe Frau Marcollier, obschon ich nur einige Zeilen zu schreiben habe. Aber ich muß gestehen, ich bin so zerstreut heute Abend."

Herr Panderfull stand auf und von Casimir gefolgt, der dienstfertig Tintenfaß und Feder trug, drang er in das Heiligthum der Wirthin ein und setzte sich an ein Tischchen nahe beim Fenster, gerade an dasselbe Tischchen, auf welches Herr Maupertuis diesen Morgen seine Mappe und seine Vorsichtsmaßregeln niederlegte.

Als Casimir wieder heraus gegangen war, eröffnete Herr Panderfull das Feuer.

„Es fehlen noch einige Stammgäste heute Abend, liebe Frau Marcollier."

„Das ist wahr, Herr Panderfull. Es sind noch viele Familien auf dem Lande."

„Aber doch Herr Leballier nicht."

„Trotzdem ist er einer meiner Getreuen", erwiderte Frau Marcollier. „Ich denke nicht, daß ihm etwas Unangenehmes passirt ist."

„Beruhigen Sie sich, liebe Frau Marcollier, er hat im Gegentheil Glück: man erzählt sich, daß seine Tochter heirathet."

„Wirklich?"

„Es ist einstweilen nur so ein Gerede. Ich würde mich übrigens nicht darüber wundern, man spricht so viel von neuen Heirathen augenblicklich."

Herr Panderfull betonte das Wort „Heirathen" ganz besonders.

„Man fragt nach Frau Marcollier! . . ."

Mit diesen Worten trat Casimir in die Thür des Privatkabinets und Frau Marcollier, die niemals einen Kunden unbefriedigt ließ, verließ das Zimmer.

„Pardon, Herr Panderfull, ich bin sogleich wieder da."

„Lassen Sie sich durchaus nicht stören, Frau Marcollier, das Geschäft geht immer vor."

Einer der Bierbrauer forderte seine Rechnung und die Wirthin beeilte sich lächelnd, seinem Wunsche nachzukommen. „Das eilt ja gar nicht, Herr Pennohaert", flüsterte sie mit süßer Stimme, während sie nichtsdestoweniger in ihren Büchern eifrig weiter blätterte, denn ein unantastbares Prinzip der Frau Marcollier war es, niemals und unter keinen Umständen, das Geld eines Kunden zurückzuweisen.

Nach Ablauf einiger Minuten ließ sie sich von neuem vor ihren Papieren Herrn Panderfull gegenüber nieder.

„Ich störe Sie abermals, lieber Herr Panderfull."

„Durchaus nicht. Ich habe aufgehört. Es gibt Tage, wo man nichts Gutes schafft."

„O nicht doch, Herr Panderfull. Sie schreiben, wie Sie sprechen. Das sprudelt nur so hervor."

„Ich mache nie Redensarten. Ich schreibe gerade so, wie ich denke. Und dann schreibe ich auch etwas ungeschickt, wie ein Alter, was?"

„Ein Alter! Mancher junge Mann von dreißig Jahren könnte Sie beneiden. Sie sind mir nie so jung erschienen wie heute."

„Das Kompliment muß ich Ihnen machen, liebe Frau Marcollier. Sie würden Ihrer Schwiegertochter Konkurrenz machen, wenn Ihr Sohn sich heirathete . . . . Uebrigens was Ihren Sohn angeht . . . ."

„Man fragt nach Frau Frau Marcollier!"

Wieder nahm Casimir Herrn Panderfull das Wort vom Munde fort.

Der letztere hatte Mühe, eine ungeduldige Bewegung zu unterdrücken.

„Das Handwerk stellt seine Anforderungen", sagte die Wirthin geziert, und mit einer Miene, der man es ansah, wie viel ihr die Pflichterfüllung diesmal koste, verließ sie das Zimmer.

Die Gäste fingen an aufzubrechen.

(Fortsetzung folgt.)

1279

Kirchliches.

* **Köln**, 22. Nov. Der „Kirchl. Anz." veröffentlicht folgende Ernennungen: Baudendistr. Wilhelm Heinrich, Pfarrer in Ordbach, zum Pfarrer in Altdorf, Dekanat Jülich. Börsch, Richard, Vikar in Ohligs, zum 1. Vikar in Frimrod, Dekanat Werden. Brands, Johann Heinrich, Hauskaplan des Pfarrers in Wenau, zum Vikar in Immerath, Dekanat Grevenbg. Luther, Bernhard Joseph Hubert, Vikar in Wiedorf, zum 2. Vikar in Gerlenkirchen. Müller, Andreas Joseph, Pfarrer in Blankenheimerdorf, zum Pfarrer in Langbroich, Dekanat Geilenkirchen. Baumann, Karl Hubert Joseph, Vikar an St. Joseph in Bierfen, zum Vikar an St. Mauritius-Rektorate in Mülheim a Rh. Fuchs, Joseph Hubert Maria, Rektor in Biesfeld, zum Subsidiar an St. Maria in der Kupfergasse zu Köln. Godtzert, Sebastian Hermann, Vikar in Lommersum, zum Rektor in Biesfeld. Pfarrei Uerten, Dekanat Wipperfürth. Heudgen, Paul Friedrich Michael Maria, Rektor in Hühlingen, zum Rektor an der Kapelle auf dem Gereonskloster in Köln. Janßen, Joseph, Vikar in Fischeln, zum 1. Kaplan an der St. Dreifaltigkeitskirche in Düsseldorf. Willms, Peter Joseph Hubert, Vikar in Rheindahlen, zum Vikar in Haaren, Dekanat Cornelimünster. Wittkamp, Johann Wilhelm, Vikar in Hüchelhoven, zum Rektor in Hühlingen, Pfarrei Rheinkassel, Dekanat Bonnich. Hammel, Karl Martin Theodor, Vikar in Köln-Nippes, zum Rektor in Lirich, Pfarrei St. Marien in Oberhausen, Dekanat Werden. Pinn, Albert Wilhelm, Vikar in Monheim, zum Verwalter der Vikarie B. M. V. in Rellinghausen, Dekanat Essen. Delelmes, Paul Peter, Pfarrer in Antweiler, zum Pfarrer in Sayneu, Dekanat Gmünden. — Gestorben: Hensel, Joseph Theodor, Pfarrer in Berzdorf, 58 Jahre. Fitzenlicher, Eduard, aus Köln, Päpstlicher Hausprälat und Kanonikus in via lata zu Rom, 63 Jahre.

* **Rom**, 29. Nov. Uebermorgen in den Nachmittagsstunden wird in feierlicher Weise die von Urban I. geweihte Kirche von Sankta Cecilia in Trastevere dem Kultus wieder übergeben werden. Vor einem Jahre nämlich wurde das Gotteshaus auf Wunsch des Kardinalstaatssekretärs Rampolla behufs Fortsetzung der archäologischen Nachforschungen für das Publikum geschlossen. Während der Arbeiten wurden eine Anzahl römischer Grundmauern bloßgelegt, man fand auch Mosaikfußböden. Der Hauptzweck der Arbeiten war der, eine geräumigere Krypta dicht vor der Begräbnisstätte der Heiligen an Stelle der bisherigen überaus engen zu schaffen. Hierzu wurde das Niveau der Krypta um 3½ Meter tief gelegt und die unter dem Hauptaltar im Presbyterium befindliche Wand, hinter der sich die hl. Reliquien befinden mußten, niedergerissen. In der That fanden da drei Marmorsarkophage von herrlicher Arbeit zum Vorschein. Einer dieser Särge enthält den von Papst Paschalis I. aus den Gallixtus-Katakomben hierhergebrachten Leichnam der hl. Martyrin, im zweiten befinden sich die Körper des hl. Valerianus und Tiburtius, seines Bruders, während der dritte die Ueberreste der Päpste Urbanus und Lucius sowie die des hl. Maximus einschließt. Als der Sarkophag mit den Gebeinen der hl. Cäcilia in die tiefer gemauerte Gruft herniedergelassen wurde, löste sich etwas der Marmordeckel, sodaß man die silberne Urne mit den Reliquien, ein Geschenk Klemens VIII. (aus dem Hause Aldobrandini) bei Gelegenheit der Restaurirung der Kirche durch Kardinal Sfondrato im Jahre 1599, erkennen konnte.

Gerichtszeitung.

W **Düsseldorf**, 22. Nov. Strafkammer. Der 16 Jahre alte Knecht Joseph G. aus Hilden erhielt 4 Monate Gefängniß wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit. — Vier Burschen aus Fischeln, welche vom Schöffengerichte zu Krefeld wegen Mißhandlung des Ackerers Joseph Schw verurtheilt worden waren, hatten gegen das Urtheil Berufung eingelegt. Heute sprach die Strafkammer den Johann K. frei, Heinrich H erhielt 3 Monate, Wilhelm F. und August Br. je 6 Wochen Gefängniß. Ebenfalls haben sie die Kosten zu tragen. — Wegen schweren Diebstahls im Rückfalle erhielt der 18 Jahre alte Fabrikarbeiter Bernhard G. aus Gladbach 15 Monate Gefängniß. — Der Ziegelarbeiter Gottlieb K., welcher bei einer Schlägerei mehrere Personen mit einem Messer verletzte, wurde zu 18 Monaten Gefängniß verurtheilt.

W **Düsseldorf**, 22. Nov. Auf der Rolle der am Montag, 26. November, beginnenden Schwurgerichtssession stehen folgende Sachen: Montag, 26. November, Schlosser Wilhelm Hoppe aus Gladbach, Straßenraub. — Dienstag, 27. Novbr., Fabrikarbeiter Johann Duddel aus Neurath, wegen Sittlichkeitsverbrechens. — Mittwoch, 28. November, Theod. Elfeld, Stephan Elfeld, Handlanger und Gerhard te Kort, Maurer aus Düsseldorf, wegen Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange. — Donnerstag, 29. November, Katharina Stinnen und Ehefrau Johann Brenner aus Gladbach wegen Meineids resp. Verleitung dazu. — Freitag, 30. November, Polizeisergeant August Güdmann aus Düsseldorf, Körperverletzung vermittelst einer Waffe und mit Todeserfolg. Es kommen noch einige Sachen auf die Rolle.

Rheinland und Westfalen.

* **Duisburg**, 21. Nov. Ueber den gegenwärtigen Stand des von den Städten Duisburg und Meiderich auszuführenden Projektes betr. den Bau einer festen Brücke über die Ruhr an der Ackerfähre erfährt die „Ruhrorter Ztg.", daß kürzlich in Ruhrort eine Zusammenkunft der Vertreter der Staatsregierung und der obengenannten Städte behufs Besprechung der Brückenbauangelegenheit stattgefunden hat. Da nämlich nach Erbauung der Brücke die Ruhrfähre anfall Ackerfähre in Wegfall kommen soll, so verlangt der Staat als Verpächter des Fahrgeldes für die Benutzung der Fähranstalt, die ihm bis 1903 jährlich 4200 M. Pacht einbringt, daß er für die Ablösung der Pachtgelder mit einer fixirten Summe von 100,000 M an der Brücke betheiligt sei, um später dementsprechend an dem Gewinn, der sich aus der Brückengelderhebung ergibt, zu partizipiren. In obiger Vertreterversammlung ist auch diese Angelegenheit zur Sprache gekommen und soll Aussicht vorhanden sein, daß es gelingen werde, den Fiskus zur Nachsichtigkeit zu veranlassen, wodurch eine wesentliche Förderung des Projektes in finanzieller Hinsicht erzielt würde.

W **Düsseldorf**, 22. Nov. Vor einiger Zeit wurde ein Bahnbeamter, wie wir mittheilten, von einem Gauner in der Weise beschwindelt, daß er für eine bereits außer Kurs gesetzte 600 Dollarnote, 400 M. gab. Inzwischen ist der Schwindler, der Tagelöhner Grauer, ermittelt und gestern verhaftet worden; ferner ein Bursche, der in der Verhandlung gegen Tilgner, welcher wegen desselben Vergehens zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt, einen Meineid geleistet haben soll. T., der ebenfalls verhaftet wurde, ist heute aus der Haft entlassen worden.

Vermischtes.

* Das Opiumrauchen ist in Frankreich gestattet. Man erinnert sich noch des gewaltigen Aufsehens, das im Vorjahre die Entdeckung einer Opiumhöhle durch den Chef der Pariser Geheimpolizei hervorgerufen hat. Eine gerichtliche Untersuchung wurde gegen die Inhaberin des Rauchlokals, Frau Afsim, die Wittwe eines Chinesen, und den Apotheker, der das Opium geliefert, eingeleitet. Frau Afsim hat inzwischen das Zeitliche gesegnet, was den Untersuchungsrichter de Valles nicht hinderte, die Verfolgung des Apothekers fortzusetzen. Er stieß dabei aber auf eine eigenartige Schwierigkeit, da er sich darüber im Unklaren war, ob das Opium, dessen sich die Raucher bedienen, dasselbe ist, was für die medizinischen Zwecke verwendet wird. Herr de Valles beauftragte den Professor Pouchet von der medizinischen Fakultät, die Angelegenheit zu prüfen, und dieser gelangte nach langen und eingehenden Studien zu der Ueberzeugung, daß das Raucher-Opium mit dem Medizinal-Opium, dessen Verkauf an gewisse Vorschriften gebunden ist, nicht identisch ist. In Folge dessen mußte die Untersuchung gegen den Apotheker eingestellt werden.

Handel und Verkehr.

Berlin, 22. Nov. 1900.

Erklärung der Abkürzungen. B. = Brief, d. h. angeboten; G. = Geld, d. h. verlangt; b oder bz = bezahlt; bB = bezahlt und Geld d. h. bezahlt aber noch weiter zu verlangt; bG = bezahlt und Brief, d. h. bezahlt, aber noch weiter zu angeboten; 3 = Schluß auf Zeit, d. h. Ende des Monats zu erfüllen; 000 = gestrichen, d. h. es kam heute kein Geschäft zu Stande.

Hypotheken-Bank-Aktien.

Ab. Hyp.-Pfd. unk.	4	98.00 b	Pr. Comm.-Obl. 97/01	4	90.20 bB
" " unk. 1905	4	90.00 b	" 1896 unk. 1906	4	90.30 bB
" " unk. 1905	4	90.50 b	" Hyp. XV-XVIII	4	89.70 b
Pom. G.-C. 1904 uk.	4	90.25 bB	" " XIX-XX	4	89.70 b
" " 1906 uk.	4	90.00	" Pfd. XVII 1905	4	81.00 b
Preuß. B.-C.-B. III.	4	98.50 bB	" " XVIII 1905	4	90.30 bB
" " 1905	4	90.50 bB	" " XVIII 1908	4	90.50 bB
" " 1915	4	100.00 b	" " XIX 1909	4	99.00 bB
" " 1907	4	90.50 bB	Rhein. Hyp.-Pfdbr.	4	90.50 bB
Preuß. Ztr.-Bd. 86/87	4	90.00 bB	unk. 1904	4	90.10 bB
" 1899 unk. 1909	4	90.20 bB	Westd. Bod.-Kr. 1904	4	90.40 bB
" 1894 unk. 1905	4	89.50 bB	" " 1905	4	88.80 b
" 1896 unk. 1906	4	90.00 bB	" " 1907	4	90.20 bB
" 1899 unverlosb.	4	100.00 bB	" " 1909	4	91.50 bB

Bank-Aktien.

Aach. Diskonto-Ges.	5	129.75 G	Elberer Kredit-Kass.	5	141.00 bB
Amsterdamer Bank	0		Köln. Wechslerbank	6	102.70 G
Bank f. elektr. Unter.	5	129.50 G	Mülheimer Bank	7	103.25 G
Bank f. Brn.-Westf.	0	000.00	Niederr. Kred.-Akt.	5	122.50 bB
Barmer Bankverein	5	128.75 G	Pomm. H.-C. f.-A.	5	93.50 G
Berg.-Märkische	5	148.75 G	Preuß. Bodenkr.-B.	5	97.25 G
Berg.-M. Ind.-Ges.	7	119.50 G	Ztr.-B.-Kred.	0	95.50 G
Bresl. Diskt.-Bank	5	104.10 bB	" Hyp.-Akt.-Bk	0	64.00 b
" Wechslerbank	4	102.70 G	" Pfandbr.-Bk.	0	114.50 G
Deutsch. Eis. u. Bg.-Ges.	5	113.25 G	Reichsbank	6	149.25 b
" Grund-Bank	4	110.10 G	Rhein. Bk. Wilhelm	5	94.00 bB
" Rennich.-B.	5	35.10 bB	Rhein.-Westf. B.-K.	5	115.60 G
" Hyp.-B. Berl.	4	114.00 G	Schaaff. Bankv.	5	130.00 b
Dortm. Bankverein	5	122.10 bB	Schlesisch. Bankv.	5	145.00 G
Düsseldorfer Bankv.	5	120.00 bB	Westdeutsche Bank	5	116.75 G
Elberfelder Bankv.	7	116.50 G	Westfäl. Bank	5	112.00 G

Industrie-Aktien.

Accumul. Boese	11	126.50 bB	Hamburg. Packet.	5	128.25 b
Allgem. Elektrizität	15	217.00 b	Köln-Müsen	5	78.75 b
Amorner Gußstahl	10	121.25 bB	Löwe & Co.	14	352.00 bB
Bank f. Brn.-Westf.	0	46.75 G	Louise Tiefb. Br. A.	5	128.75 bB
Bismarckhütte	24	255.75 bB	Niederrh. M. Spier	12	107.75 G
Concordia Spinnerei	17	213.50 B	Nordd. Lloyd (1900)	7½	115.60 b
Consolidation	15	354.75 bB	Phön. B. u. H. A.-G.	15	162.50 bB
Dannenbaum-Hecht	4	84.00 bB	Rhein. Chamotte	8½	115.25 bB
Deutsche Gas-Stahl.	13	400.00 bB	Rhein.-Westf. Kalkw.	9	111.10 bB
Dortm. Akt.-Brauerei	20	000.00	Schuckert Elektr.-Akt.	13	193.90 b
" Herm.-Brauerei	18	189.00 B	Stolberg Zink A.-G.	5	78.75 b
" Löwenbrau	15	221.50 B	Stolb. Zink A.-G.	10	148.50 bB
" Union-Brauerei	18	000.00	Tucht. Aachen ag.	5	64.50 G
Dynamite Trust	10	153.75 b	V. Kölln.-Rottw. Pulv.	12	208.00 bB
Eschweiler Bergw.	20	224.00 bB	Vorw. Spinn. Elefel.	6½	99.75 G
Eisenw.	20½	169.75 bB	Westf. Trapt-Ind.	15	142.25 b
Gel. Elektr. Unterm.	10	133.00 bB	Westf. Stahlwerke	17	160.25 bB
Grevenbroich Maschn.	10	151.50 B	Wittener Gußstahl	10	161.25 bB
Hagen. Gußstahl	8	91.00 b	Wurm-Revier	5½	127.50 b

In- und ausländische Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	137.00 G	Gotthardbahn	8	147.00 B
Deutsche Eisenbahn	7½	125.00 G	Italien. Südbahn	3½	131.60 G
Dortm.-Gr.-Enisch.	5½	56.25 bB	" Mittelm.	5	98.50 b
Lübeck-Büchen	5½	136.25 b	Jura-Sim. umg. Bd.	4	95.60 bB
Weltf. Eisenbahn	7	123.00 bB	Lüttich-Limburger	4	00.00
Warschau-Wiener	8½	000.00	Ruh. Rh.-Heinr.-Bahn	5½	110.50 b
Amsterdam-Rotterd.	11½	000.00	Schweiz. Nordostb.	10	154.00 G
Canada-Pacific	5	88.80 b	" Nordostb.	5	98.00 G
North. Pacif. E.-A.	4	83.20 B	" Unionb.	5	93.00 bG

Schuldverschreibungen von Industrie-Gesellschaften.

A.-G. f. Mont.-Ind.	6	93.75 G	Oberer Hütte	4	00.00
Allg. D. Kleinbahn	6½	102.10 G	Rheinpreußen	4	00.00
"	4	95.60 G	Laurahütte	5½	00.00
Dortmunder Union	5	110.10 bG	Nordd. Lloyd	4	00.00
"	1	92.90 bB	Rh.-Westf. Kalkwerke	4½	000.00
Düsseld. Drahtf.-Ind.	4½	100.50 B	Schalker E. u. H.	4	94.90 B
Elberf. Farbfabrik	4	00.00	Schuckert Elektr.	4	94.40 b
Gelsenkirchener	4	97.50 B	Siemens & Halske	4	99.50 B
Harpener	4	96.50 B	Westf. Drahtf.-Ind.	4	98.25 B

Wolle und Baumwolle.

* **Bremen**, 22. Nov. Upland. middl. gestrige 53 Pfg., ruhig.
* **Havre**, 22. Nov. Baumwolle, Terminpreis 64½, Verk.

Niederrheinische Kredit-Anstalt

Kom.-Ges. a. Aktien
Grundkapital M. 21,000,000.
Rücklagen ca. M. 4,000,000.

Peters & Co.
Krefeld, 22. Nov.

Wechsel.		Brief	Geld	Geld-Kurse	Briefe
Amsterdam / Rotterdam	100 Gulden k.S. / 2T.	169.30	168.95	Sovereigns	20.30
				englische Noten	20.40
Antwerpen	100 Frc. k.S.	81.35	81.05	20-Frc.-Stücke	16.20
Brüssel	2T.	—	—	5-Frc.-Stücke	4.00
London	1 L. k.S.	20.44	20.40	französ. Noten	81.10
do.	1 L. 2T.	—	20.20	belgische "	81.00
Paris	100 Frc. k.S.	81.50	81.20	holländ. "	169.00
do.	100 Frc. 2T.	—	—	amerikan. Gold-Noten	4.15
Italien. Plätze	k.S.	77.25	76.80		4.17
do.	2T.	—	—	österreich.	84.70
Schweiz. Pl.	100 Frc. k.S.	81.20	80.90	schweizer.	80.60

Unentgeltliche Entgegennahme von Zeichnungen auf alle zur Ausgabe gelangenden Aktien, Staats- u. andere Papiere.
Annahme von Depots unter eigenem Verschluss des Besitzers: „Safes".
Unentgeltliche Auskunft über alle Werthpapiere.
Verwaltung von Werthpapieren, Dokumenten aller Art und Aufbewahrung von Werthgegenständen.
Kostenlose Einlösung sämmtl. Kupons u. Dividendenscheine
Kontrole der Auslosung.
Wir nehmen in jeder Höhe Spareinlagen an mit Verzinsung bis auf Weiteres bei neunmonatlicher Kündigung zu 4½ Proz., bei sechsmonatlicher Kündigung zu 4 Proz., bei dreimonatlicher Kündigung zu 3½ Proz., bei einmonatlicher Kündigung zu 3 Proz., bei täglicher Kündigung zu 2½ Proz. Die Verzinsung beginnt mit dem auf die Einzahlung folgenden Werktag.
Ankauf guter Geschäftswechsel, Eröffnung laufender Rechnungen u. Check-Konti, An- u. Verkauf von Devisen, sowie Besorgung aller sonstigen in das Bankfach schlagenden Geschäfte.
An- und Verkauf von Werthpapieren zu vortheilhafter Bedingungen.
Fast alle 3½% und 4% Pfandbriefe erstklassiger deutschen Hypothekenbanken erlassen wir zum Berliner Tageskurse frei von allen Spesen. — Geldwechsel.

Seidenwaren und Seide.

X **Lyon**, 17. Nov. Das „Bulletin des Soies et des Soieries" schreibt in seinem Wochenbericht: Aus der anhaltenden Zurückhaltung Amerikas auf dem Seidenmarkt ist zu schließen, daß die Wahlagitationen nicht deren Ursache waren; sie liegt vielmehr an der Ueberproduktion der Fabrik in Seidenstoffen und Bändern. Dem gegenüber ist die Position der europäischen Fabrik in einer Besserung begriffen, und europäische und levantinische Seidensorten halten sich sehr gut; asiatische Organsins würden bei etwas mehr Entgegenkommen der Eigner viel Käufer finden. Mailand ist bei dem Ausbleiben des amerikanischen Geschäftes sehr enttäuscht. Auf dem Stoffmarkt geht es auch langsam vorwärts, wenn auch die Erhöhung der Fabrikpreise und der Rohmaterialien die Abschlüsse wieder schwieriger machen.

Früchte- und Viktualienmärkte.

* **Neuß**, 22. Nov. Getreide. Weizen 1. Qual. 16.20, 2. 14.50, 3. 13.50 M., Roggen 1. Qual. 13.90, 2. 12.50, 3. 11.50 M., Hafer 13.00, Kartoffeln 2.30-3.00 Heu 3.40-3.90, Stroheinheu 4.40 M. die 50 Kilo, Maschinenstroh 12.00, Flegeldrusch 15.00 M. die 500 Kilo, Rüböl per 100 Kilo in Partien von 100 Ztr. (ohne Faß) 66.25 M., Rüböl per 100 Kilo kleinerle (ohne Faß) 67.75 M., gereinigtes Oel per 100 Kilo 3 M. höher als Rüböl. Preßkuchen per 1000 Stück 109.00 M. Klee per 50 Kilo 5.30 M. Butter 2.40 M. das Kilo. Eier 25 Stück 2.50 M. — Roggen 1. Qual. 29.75, 2. Qual. 28.75 M. Neuer Hafer 1. Qual. 12.50, 2. Qual. 11.50 M.

X **Meldern**, 22. Nov. Getreide. Weizen 1. Qual. M. 16.94, 2. 16.66, 3. 16.39. Roggen 1. Qual. 15.51, 2. 15.19, 3. 14.88. Gerste 1. Qual. 14.00, 2. 13.67, 3. 13.33. Buchweizen 16.78 M. Hafer 1. Qual. 13, 2. 12.50, 3. 12.00. Gleesamen Inc. 0.00-0.00 M. per Kilo, Kartoffeln 5.00 M. Alles pro 100 Kilo. Heu 20.—, Stroh 20.00 pro 600 Kilo. Ein 5 Kilo Huhn 0.80 Butter per Pfd. 0.80 M. Eier 9 bis 10 Pfg.

Für den Inseraten- und Reklamentheil verantwortlich: J. Keller.

Organ des Krefelder Bürger- und Hausbesitzer-Vereins.

Volkswirthschaftliche Beilage der „Niederrheinische Volkszeitung".

Nr. 47. (Vierter Jahrgang.) Krefeld, den 22. November. 1900.

Gesundheitsschädliche Einflüsse in gewerblichen Betrieben.

Leben und Gesundheit der Industriearbeiter in ihrer gewerblichen Thätigkeit sind im wesentlichen durch zwei Umstände bedroht, durch Unfälle, welche mehr oder minder gefährliche Verletzungen und gegebenen Falls den Tod herbeiführen und durch solche Einflüsse, welche mehr die inneren Organe des menschlichen Körpers treffen und deren Folgen sich als sogenannte Gewerbe- oder Berufskrankheiten bemerkbar machen.

Solche Einflüsse machen sich besonders bemerkbar in Betrieben der chemischen Industrie, Bleihütten und Walzwerken, Glashütten, Buchdruckereien, in der Tabak- und Zigarrenindustrie, der Textilindustrie, Schleifereien, Steinbrüchen ꝛc. Namentlich zeigen sie sich in alten Anlagen, in denen die Anbringung von Einrichtungen zur Beseitigung schädlicher Gase und Dämpfe, des Staubes ꝛc. mit Schwierigkeiten verbunden ist, und bauliche Veränderungen wegen der Beschränktheit des Raumes sich nur schwer durchführen lassen. Dagegen kann eine den gesundheitlichen Anforderungen entsprechende Einrichtung der Arbeitsräume leicht herbeigeführt werden durch die den Fabrikinspektoren zustehende Genehmigung der Pläne zu neuen gewerblichen Baulichkeiten. Mittelst dieser Befugniß ist auch seitens dieser Beamten für den Gesundheitsschutz der Arbeiter schon manches erreicht worden.

Einige Gewerbeinspektoren weisen auf den Widerstand hin, den noch immer manche Unternehmer den Einrichtungen zur Verhütung gesundheitsschädlicher Einflüsse entgegensetzen, weil sie gewöhnt sind, „die Gefährlichkeiten eines Betriebes nur nach ihren unmittelbar fühlbaren Folgen zu beurtheilen." Aehnlich schreibt der Gewerbeinspektor zu Coblenz: „Die auf die Beseitigung und Verminderung gesundheitlicher Gefahren und Schädigungen gerichteten Bemühungen finden bei den Arbeitgebern verhältnißmäßig weniger Entgegenkommen, als die zur Verminderung der Betriebsunfälle, weil Nothwendigkeit und Erfolg weniger in die Augen springen, weil sie durchweg kostspieliger sind und weil die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegen die zur Schonung und Erhaltung ihrer Gesundheit und Erwerbsfähigkeit getroffenen Einrichtungen und Maßnahmen lähmend einwirkt." Letzteres ist z. B. auch bei den Badeeinrichtungen der Fall; diese werden oft so wenig benutzt, daß sich die Fabrikleiter darauf berufen können, dergleichen werde von den Arbeitern nicht gewürdigt. Bisweilen erklärt sich aber die geringe Benutzung, wie z. B. der Beamte für Magdeburg hervorhebt, durch die Unzweckmäßigkeit der Anlage. In einigen Fabriken des dortigen Bezirkes war diese so getroffen, daß das Wasser in einer Zentrale temperirt und von dort zu den einzelnen Zellen geleitet wurde. In Folge dessen badeten die Leute häufig zu warm, verließen dann ohne vorherige Abkühlung das Bad und erkälteten sich. Sie bekommen dann eine Abneigung gegen die weitere Benutzung desselben. Der Inspektor empfiehlt deshalb, bei Neueinrichtungen stets darauf zu sehen, daß jeder Badende die Temperatur selbst regeln kann. Sehr beklagens- und verurtheilenswerth ist es, wenn, wie z. B. der Beamte für Arnsberg erwähnt, die Arbeiter gut eingerichtete Wasch- und Badeeinrichtungen manchmal besudeln und sogar zerstören. In solchen Fällen ist die Abneigung der Unternehmer zur Anlage solcher Einrichtungen nur zu begreiflich und berechtigt. Andererseits muß aber auch lobend erwähnt werden, daß viele Arbeitgeber der Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse in ihren Betrieben eine ganz besondere Sorgfalt widmen und es ist erfreulich, daß das Verständniß für derartige Bestrebungen im Wachsen begriffen ist.

Auf all' die einzelnen gesundheitsschädlichen Einflüsse und ihre Verhütung einzugehen, ist an dieser Stelle nicht möglich; erwähnt sei z. B. daß in Buchdruckereien, nach einer Mittheilung des Beamten für Potsdam, die unzureichende Befolgung der in der Bundesrathsbekanntmachung vom 31. Juli 1897 enthaltenen Bestimmungen gerügt werden mußte. Vorwiegend handelte es sich um mangelhafte Beschaffenheit der Setzerpulte, oder es fehlte, wie im Bezirk Arnsberg, an ordentlichen Waschvorrichtungen und Kleiderablagen; oft entsprachen auch die Fußböden, Wände und Decken, sowie die Reinhaltung der Räume den Bestimmungen nicht. Zahlreich sind wieder die Klagen über die schlechten Gesundheitsverhältnisse der Steinmetzen und Steinbrucharbeiter. In den Kreisen Kreuznach und Meisenheim des Bezirkes Coblenz starben z. B. von etwa 150 Steinbrucharbeitern und Steinmetzen in den letzten fünf Jahren 26 Arbeiter in einem Durchschnittsalter von 45 Jahren, davon 22 an Schwindsucht bezw. Erkrankung der Athmungsorgane. Bei 17 von diesen an Schwindsucht Gestorbenen, die ununterbrochen in Sandsteinbrüchen gearbeitet hatten, stellte sich das Durchschnittsalter auf nur 43 Jahre. Verstärkt wird die schädliche Einwirkung des Gewerbes noch durch den frühen Eintritt der Lehrlinge mit 14 Jahren „und durch die wenig zweckmäßige und besonders in jüngeren Jahren unsolide Lebensweise der Arbeiter". Zum Theil wohnen die Leute in dürftigen und engen Wohnungen, so daß bei dem mangelnden Verständniß für Hygiene noch Uebertragung der Schwindsucht auf die Familie vorkommt.

Derartige Klagen sind allgemein. Eine besondere Verordnung des Bundesraths auf Grund des § 120e der Gewerbe-Ordnung wäre hier unseres Erachtens wohl angebracht.

Besondere Beachtung erfordern auch die Verhältnisse in der Textilindustrie, in der besonders ebenfalls die Tuberkulose ihre Opfer zu fordern scheint. So sagt z. B. der Gewerbeinspektor zu M.Gladbach in seinem Bericht, daß in M.Gladbach unter 1000 Todesfällen von Leuten im erwerbsfähigen Alter von 15—60 Jahren 453 durch Tuberkulose veranlaßt seien, während diese Zahl für ganz Deutschland nur 342 betrage. Ferner habe er durch Anfrage beim Bezirkskommando ermittelt, daß im Jahre 1899 von 100 zum Militär Ausgehobenen über die endgültig entschieden wurde, aus den Kreisen M.Gladbach Stadt und Land nur 50 eingestellt wurden, während sich z. B. für Westfalen das Verhältniß auf 57 und für Ostpreußen auf 72 stellt. Es müßten daher in seinem Bezirke gesundheitsschädliche Einflüsse vorliegen, welche höchstwahrscheinlich in der hier vorherrschenden, mit großer Staubentwicklung verbundenen Textilindustrie zu suchen seien. Inwiefern aber die einzelnen Industrien oder deren Unterabtheilungen die Entwicklung von Krankheiten förderten, würde nur dann zahlenmäßig festgestellt werden können, wenn die Aerzte der Krankenkassen angehalten würden, dahingehende Aufzeichnungen zu machen. Solche Gutachten könnten dann, für größere Bezirke nach, gleichartigen Industrien zusammengestellt, ein klares Bild über die Gefahrziffer der einzelnen Berufsarten geben. Man würde dann auch in der Lage sein, festzustellen, welche Vorbeugungsmittel sich empfehlen. Auf Grund besonderer Beobachtungen kommt der dortige Gewerbeinspektor auch zu dem Schluß, daß der Spinnereibetrieb gesundheitsschädlicher als der Webereibetrieb ist. Die Gründe für letztere Erscheinung dürften nach seiner Ansicht wohl in der größeren Staubbildung zu suchen sein. Der Gewerbeinspektor bedauert, daß noch keine Einrichtung bekannt sei, den Staub, der besonders an den Kratzen und bei dem Ausstoßen derselben entsteht, in wirklich zweckmäßiger Weise zu beseitigen. Günstiger liegen die Verhältnisse für die Rauherei. Hier wurde auf Anordnung des Gewerbeinspektors hin eine größere Anzahl von Rauhmaschinen mit Staubabsaugevorrichtungen versehen, welche den Staub vermittelst unterirdischer Kanäle direkt entfernen. Wo dies nicht möglich war, wurde Sorge getragen, den Staub aus dem Arbeitsraume durch künstliche, dicht über dem Fußboden angebrachte Ventilationsvorrichtungen abzusaugen.

Die Gewerbehygiene oder die Lehre von der Verhütung der Gewerbekrankheiten bildet einen wichtigen Gegenstand der Unterrichtskurse der Arbeitervereine und Gewerkvereine; hier müssen bei der schon erwähnten vielfachen Unkenntniß der Arbeiter dieselben über die schleichenden, daher aber um so gefährlicheren, gesundheitsschädlichen Einflüsse der einzelnen Betriebe aufgeklärt, die Mittel zu deren Abstellung erörtert und die Erfahrungen über die beste Art der Verhütung ausgetauscht werden. Vor allem ist auch die Unterweisung in einer zweckentsprechenden Lebens- und Ernährungsweise, welche den Körper den gesundheitsschädlichen Einflüssen gegenüber widerstandsfähig macht, zu fördern. Da gerade die Gesundheit und Erhaltung der Arbeitskraft als der einzigen Erwerbsquelle für den Arbeiter so wichtig ist, bedarf die Nothwendigkeit der Belehrung über die Gewerbehygiene wohl keines weiteren Nachweises.

✶ Welche Verkehrsvortheile bieten nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch die Grundschuld und die Rentenschuld?*)

„Auf die Grundschuld (und die Rentenschuld, die nach dem Gesetzbuch eine Unterart der Grundschuld ist), finden die Vorschriften über die Hypothek Anwendung, soweit sich nicht daraus ein anderes ergibt, daß die Grundschuld nicht eine Forderung voraussetzt." — Die Grundschuld dient hauptsächlich dazu, die Hypothek für Darlehen zu ersetzen; der Gutsbesitzer, der Geld auf sein Gut aufnehmen will, ohne mit seinem übrigen Vermögen für die Schuld zu haften, bewirkt dies, indem er entweder ein Darlehen aufnimmt, ins Grundbuch eine Grundschuld für den Darlehensgeber eintragen läßt und den Grundschuldbrief dem Gläubiger gegen eine Quittung ausfolgt, worin dieser anerkennt, für seine Forderung aus Darlehen befriedigt zu sein, — oder noch einfacher dadurch, daß er den Grundschuldbrief auf den Inhaber ausstellen läßt, den er gerade so wie eine andere Schuldverschreibung auf den Inhaber verkauft. Er kann auch eine Grundschuld für sich selbst — „Grundschuld für den Eigenthümer" — ins Grundbuch eintragen

*) Obigen Aufsatz entnehmen wir mit Erlaubniß des Verlegers aus der Gemeinverständlichen Darstellung des Bürgerlichen Gesetzbuches von G. Pfizer. Dieses im besten Sinne populäre Werk führt den Laien am sichersten in das neue Recht ein, mit dem sich ja jedermann in seinem eigenen Interesse nun vertraut zu machen hat. Wir empfehlen daher das Pfizer'sche Buch unsern Lesern auf das Angelegentlichste zur Anschaffung. (Verlag von Otto Maier in Ravensburg. — Preis brosch. 7 M.)

lassen, wodurch ein ähnliches Verhältniß wie bei der Eigenthümerhypothek entsteht, und über diese nach Bedarf verfügen. Das so belastete Grundstück kann er zwar verkaufen, aber er kann nicht selbst die Zwangsvollstreckung zum Zweck seiner Befriedigung betreiben (ein Verbot, das auch für den Inhaber einer Eigenthümerhypothek gilt). Ist auf einem Grundstück eine Grundschuld von 10,000 M. für den Eigenthümer mit erstem Recht und eine solche von 10,000 M. für einen andern Gläubiger mit zweitem Recht eingetragen, so könnte der Eigenthümer zu einer Zeit, wo Grundstücke schwer verkäuflich sind, den Gläubiger dadurch schädigen, daß er die Zwangsvollstreckung beantragt und das Grundstück selbst um 10,000 oder 15,000 M. ersteigert; die zweite Grundschuld wäre damit erloschen und der (zweite) Grundschuldgläubiger hätte seine Forderung ganz oder zur Hälfte verloren. Ein solches Vorgehen des Inhabers einer für den Eigenthümer bestellten Grundschuld oder einer Eigenthümerhypothek ist unstatthaft.

Die Rentenschuld stellt hauptsächlich einen Ersatz für die Hypothek dar, die sich der Verkäufer auf dem verkauften Grundstück zur Sicherung des angeborgten Kaufpreises bestellen zu lassen pflegt; sie soll den Erwerb von Grundstücken ohne sofortigen Baaraufwand an Kapital ermöglichen. Das Grundstück wird — als „Rentengut" — mit einer in regelmäßigen Terminen zu entrichtenden Geldrente von bestimmter Höhe belastet, die alle Eigenschaften einer Reallast hat, ein Kaufpreis wird nicht geschuldet, an seine Stelle tritt die Ablösungssumme, die im Grundbuch angegeben werden muß und durch deren Zahlung der Eigenthümer das Grundstück von der Rentenlast befreien kann. Der Gläubiger kann die Zahlung der Ablösungssumme nur in dem Fall verlangen, wenn durch Verschlechterung des Grundstücks die Sicherheit für die Zahlung der Rente gefährdet wird und der Eigenthümer der Aufforderung, die Gefährdung zu beseitigen, nicht rechtzeitig nachkommt. Das Recht, die Ablösung zu verlangen, kann durch Vertrag dem Gläubiger nicht eingeräumt —, dem Eigenthümer dagegen höchstens auf die Dauer von dreißig Jahren entzogen werden.

Wie verhält es sich, wenn der Eigenthümer des Grundstücks die Rente nicht bezahlt? Das Gesetzbuch gibt auf diese Frage keine Antwort. Der Gläubiger kann auch in diesem Fall „Befriedigung aus dem Grundstück im Weg der Zwangsvollstreckung" verlangen, und zwar Befriedigung für seinen Rentenanspruch, er wird es sich also gefallen lassen müssen, wenn das Grundstück, mit der Rente belastet, zur Versteigerung gebracht wird und der Erwerber die fälligen Renten bezahlt. Ist aber das Grundstück so nicht verkäuflich (und dies wird bei einem Rentengut meistens der Fall sein), so wird es ohne die darauf haftende Rentenschuld zum Verkauf zu bringen und der Gläubiger nach Maßgabe des Gesetzes über die Zwangsversteigerung für den Werth des Rechts aus dem Versteigerungserlös zu entschädigen sein; der Betrag dieser Entschädigung bestimmt sich aber in einem solchen Fall durch die Ablösungssumme (§ 92 des angef. Gesetzes).

Volkswirthschaftliches und Soziales.

□ **Die Abschaffung der Akkordarbeit** ist bekanntlich eine Forderung der Sozialdemokratie, und auf dem internationalen Textilarbeiterkongreß zu Berlin im Juli d. J. wurde die Akkordarbeit geradezu als Mordarbeit bezeichnet. Zur Begründung genannter Forderung weisen die Sozialdemokraten hin auf die Unfälle, welche gerade durch die Akkordarbeit hervorgerufen werden sollen. Im letzten Jahresbericht der preußischen Fabrikinspektoren für das Jahr 1899 beschäftigt sich nun der Fabrikinspektor zu Halberstadt näher mit dem Zusammenhang zwischen der Zunahme der Unfälle und der Akkordarbeit. Zu diesem Zwecke fand eine Prüfung aller in den letzten beiden Jahren eingegangenen Unfallanzeigen statt, daraufhin, wie weit die Unfälle Akkordarbeiter betroffen hatten. Unter den fast 2000 Unfällen zweier Jahren, konnte nun kein solcher entdeckt werden, bei dem klar und unzweifelhaft erwiesen war, daß der dem Akkordarbeiter zugestoßene Unfall Uebermüdung oder Ueberhastung zur Ursache gehabt hatte. „Mit diesem Ergebniß ist allerdings (so bemerkt der Beamte unseres Erachtens mit Recht) nicht bewiesen, daß der gesuchte Zusammenhang überhaupt nicht besteht: er liegt nur nicht klar zu Tage und ist in dem auf den ersten Blick wahrscheinlichen Umfange nicht vorhanden. Keineswegs findet er sich aber in der von der sozialdemokratischen Presse angedeuteten Art und Weise vor." Zur Unterstützung seiner Behauptung stellt der Beamte folgende Berechnung an. Die Akkordarbeiter machen in seinem Bezirke als Dreher, Drucker, Stanzer, Klempner, Polirer, ja auch als Schlosser und Schmiede den größeren Theil der Arbeiter in den Betrieben der Metallverarbeitung und Herstellung von Maschinen, Werkzeuge ꝛc. aus. Fast nur Stücklohnarbeiter haben die Ziegeleien, Webereien, Papierwaarenfabriken, Gerbereien, Handschuhfabriken und Buchdruckereien. Die Summe der Arbeiter in diesen Gruppen betrug 12,629, die Summe der Unfälle in den zugehörigen Berufsgenossenschaften 356. Demnach kam auf 35 Akkordarbeiter ein Unfall, während im ganzen Durchschnitt aller Arbeiter des Bezirks schon auf 24 Arbeiter ein Unfall entfiel. „Eine größere Unfallgefahr", so schließt daraus der Fabrikinspektor, „bringt hiernach die Stücklohnarbeit nicht mit sich, und zwar vielleicht, weil sich bei der Wiederholung von Handreichungen die Sicherheit stetig ausbildet. Gefährlich wird die Akkordarbeit hauptsächlich da, wo der Arbeiter sehr schwere, körperlich stark anstrengende und gleichzeitig viel Umsicht erfordernde Arbeit zu leisten hat, wie z. B. bei dem Transporte schwerer Gegenstände. Solche Akkordarbeiten sind äußerst selten. Die überwiegende Bedeutung des Schlagwortes „Akkordarbeit — Mordarbeit" ist meines Erachtens nicht darin zu sehen, daß die Stücklohnarbeit übermäßig viel Unfälle zur Folge hat, sondern darin, daß sie, werde sie nun mit der Hand oder an der Maschine ausgeübt, fast stets eine Ueberanstrengung einzelner Glieder und Sinne mit sich bringt und damit gesundheitsschädlich wirkt." Dieser Meinung des Fabrikinspektors kann man sich im Großen und Ganzen anschließen. Ein vollkommenes Verbot der Akkordarbeit, wie die Sozialdemokratie es verlangt, ist nicht angängig, weil bei Aufhebung der Stücklohnarbeit nur zu leicht eine Verringerung des Antriebes der Leistungsfähigkeit manchen Arbeiters zu befürchten ist und damit eine Verminderung des Lohnes. Wo deshalb auch Vorkehrungen getroffen werden, daß die Akkordarbeit nicht zur Lohndrückerei führen kann, und ordentliche Maßregeln zum Schutze der Gesundheit durchgesetzt werden, wo also dem Arbeiter durch den Rückhalt an einer geeigneten Organisation die Möglichkeit gegeben ist, bei der Festsetzung des Preises für seine Arbeit seinen Einfluß genügend zur Geltung zu bringen, ist die Akkordarbeit aus wirthschaftlichen Gründen wohl angebracht.

Vereinsnachrichten.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Hauseigenthümer für allerlei Arten von Unfällen, die im Bereiche ihres Eigenthums fremden Personen zustoßen, **gesetzlich** verantwortlich gemacht werden können trotzdem die größte Vorsicht obgewaltet hat.

Um nun unsere Mitglieder bei etwa vorkommenden derartigen Unfällen schadlos zu halten, haben wir in der **Versicherungs- und Wirthschafts-Genossenschaft** unseres Vereins eine

Haftpflicht-Versicherung

eingerichtet, deren Prämie im Verhältnisse zur Leistung der Entschädigung eine ganz geringe ist.

Wir empfehlen daher unsern Mitgliedern jene Versicherung bestens und ersuchen dieselben dringend, zu ihrer Sicherheit von der bestehenden Einrichtung recht regen Gebrauch zu machen.

Anmeldungen nimmt unser Geschäftsführer Vormittags von 12—1 und Nachmittags von 4—6 Uhr im Vereinsbureau entgegen; derselbe ist auch gerne bereit, über das Haftpflichtversicherungswesen jede gewünschte Aufklärung zu geben.

Der Vorstand.

Vom 1. Januar 1901 ab befindet sich unser Geschäftszimmer

Carlsplatz 17

im Restaurant M. Broker.

Der Vorstand.

Montag, den 10. Dezember 1900, Abends ½9 Uhr,
im oberen Saale des Restaurants **A. Hansen,**
Friedrichstraße 21:

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl der Revisoren zur Vorprüfung der Jahresrechnung
2. Neu- bezw. Wiederwahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder.
3. Verschiedenes.

Wir bitten unsere Mitglieder um zahlreiches und pünktliche Erscheinen.

Der Vorstand.

Vorläufige Anzeige.

Das

Winter-Fest

findet am

13. Januar 1901 in den oberen Sälen der Akt.-Ges. „Erholung"

statt.

Der Vorstand.

Wohnungs-Plakate

in hübscher Ausführung sind zu haben im

Vereinsbureau, Hochstraße 101.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lerch.
Druck und Verlag der J. B. Klein'schen Buchdruckerei, M. Buscher.